

29. Juli

6/2021

www.landtag-mv.de



+++ Gute Ideen für gute Arbeit +++ Lockerungen in MV +++ MV erhält Tourismusorte +++
Konzepte gegen Lernlücken +++ Sonnenstrom vom Acker +++ AufgeSCHLOSSen für Kultur +++
Landtagswahl am 26. September 2021 +++



Titelfoto: Uwe Sinnecker

3	AUS DEM PLENUM	
	Aktuelle Stunde	„Gute Ideen für gute Arbeit - Mecklenburg-Vorpommern weiter voranbringen“ (auf Antrag der Fraktion der SPD)
4 - 10	Auszüge aus der Original-Debatte	Jochen Schulte (SPD), Ministerpräsidentin Manuela Schwesig, Nikolaus Kramer (AfD), Bernhard Wildt (CDU), Henning Förster (DIE LINKE)
11 - 13	Regierungserklärung	Lockerungen in MV
14 - 20	Berichte	MV erhält Tourismusorte Konzepte gegen Lernlücken Verfahrenslotsen dauern noch Sonnenstrom vom Acker
21 - 23	Meldungen	Die Urne bleibt auf dem Friedhof Neues Gesetz für mehr Carsharing Schulgesetz bleibt, wie es ist Kein neues Finanzmodell für Produktionsschulen Mit Wirtschaft werben Welterbe-Bewerbung: AfD fordert mehr Geld vom Land Zum Abschluss 1511 Petitionsverfahren PUA legt Zwischenbericht vor
24 - 25	Gesetzgebung	
26 - 28	AUS DEN AUSSCHÜSSEN	Lokale Klimaschutzinitiativen international sichtbar machen Online-Konferenz zum Gesetz über digitale Dienste und Märkte Zwischenbericht NSU-Untersuchungsausschuss
29 - 31	Panorama	AufgeSCHLOSSen für Kultur Landtagswahl am 26. September 2021
32	Chronik	

IMPRESSUM

Herausgeber:
Landtag Mecklenburg-Vorpommern
 - Öffentlichkeitsarbeit -
 Schloss, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin
 Fon: 0385 / 525-2113, Fax 525-2151
 E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de
 Internet: www.landtag-mv.de

Redaktion: Referat Öffentlichkeitsarbeit,
 Anna-Maria Leistner

Layout: Uwe Sinnecker

Druck: produktionsbüro TINUS
 Gedruckt auf Recyclingpapier

Zugunsten des Leseflusses und aus
 Platzgründen ist stellenweise nur die
 männliche Form verwendet.
 In solchen Fällen ist die weibliche Form
 mitgedacht.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge
 geben nicht in jedem Fall die Meinung des
 Herausgebers wieder.
 Alle Abbildungen sind urheberrechtlich
 geschützt. Nachdruck nur mit schriftlicher
 Genehmigung des Herausgebers.

Die LandtagsNachrichten können kostenlos
 bezogen werden. Bestellungen sind an den
 Herausgeber zu richten.
 Redaktionsschluss: 25.06.2021



Ministerpräsidentin Manuela Schwesig während der Aktuellen Stunde am 11. Juni.

Foto: Uwe Sinnecker

Zum Finale eine Lohndebatte

Landtag diskutierte in seiner letzten Aktuellen Stunde über gute Ideen für gute Arbeit

■ 17,66 Euro brutto. Diesen durchschnittlichen Stundenverdienst weist das Statistische Jahrbuch 2020 für MV aus. Damit ist er im Vergleich von 2018 zu 2019 zwar gestiegen. Im Ländervergleich liegt MV damit aber auf dem letzten Platz. Das Thema Löhne beschäftigte die Abgeordneten in den vergangenen fünf Jahren immer wieder – und prägte zum Schluss der Legislatur auch noch einmal die Aktuelle Stunde. Zur Diskussion gestellt hat das Thema die SPD. Unter der Überschrift „Gute Ideen für gute Arbeit – Mecklenburg-Vorpommern weiter voranbringen“. Die SPD/CDU-Fraktion hob das Erreichte hervor. Die Opposition betonte das Unvollbrachte.

„Es ist kein Geheimnis, dass die SPD-Fraktion ein echtes Tarifreuegesetz bei öffentlichen Aufträgen will“, unterstrich **Jochen Schulte** (SPD). Der Koalitionspartner zeige an der Stelle aber keine Einsicht. „Mehr Geld im Portmonee jedes Beschäftigten ist auch mehr volkswirtschaftliches Einkommen, das dem Konsum in diesem Land dient und letztendlich auch dem Wirtschaftswachstum.“ Anknüpfend an die Überschrift der Aktuellen Stunde bräuchten gute Ideen für gute Arbeit vor allem eines: „Keine Konzepte von vorgestern oder vorgestern“, sondern „Lösungen für das Morgen“ – wie zum Beispiel neue Arbeitsplätze in den Zukunftsbereichen Wasserstoff und erneuerbare Energien.

Das Thema „Gute Arbeit“ sei der Landesregierung in der gesamten Legislatur wichtig gewesen, führte Ministerpräsidentin **Manuela Schwesig** (SPD) aus. Denn auch wenn sich das durchschnittliche Einkommen in MV seit 1991 verdreifacht habe, rangiere es beim Pro-Kopf-Einkommen bundesweit an letzter Stelle. „Nur 23 Prozent der Betriebe zahlen nach Tarif für 44 Prozent der Beschäftigten.“ Das Land könne zwar keine Löhne festlegen, habe aber Anreize für

gute Löhne geschaffen. Unter anderem mit einem Vergabemindestlohn für öffentliche Aufträge und einem Bonus-system in der Wirtschaftsförderung für Unternehmen, die Tariflöhne zahlten.

AfD-Fraktionschef **Nikolaus Kramer** bezeichnete es als „cleveren Schachzug“ der SPD, nach der Regierungserklärung vom Mittwoch zwei Tage später „quasi als Bonbon vor den Wahlen hier mit der Aktuellen Stunde um die Ecke zu kommen“. Er hätte gern ein Nähzeug dabei gehabt, um sich „die Taschen zuzunähen, die Sie uns hier vollgehauen haben“. Jedes dritte Unternehmen der Tourismusbranche stehe aufgrund der Corona-Maßnahmen vor der Insolvenz. „Erzählen Sie denen mal was von Tarif-treue.“ Zu einer guten Idee gehöre auch nicht, in Spielhallen mit einem Federstreich rund 600 Arbeitsplätze zu vernichten, sagt er mit Blick auf das neue Glücksspielgesetz.

„Das Wachstum der Wirtschaft, das Wachstum der Einkommen, das Wachstum von Wohlstand – das ist das Brot- und Butterthema der CDU seit über 70 Jahren“, bedankte sich **Bernhard Wildt** (CDU) bei der SPD für die Aktuelle Stun-

de. „Einen größeren Gefallen können Sie uns überhaupt nicht tun.“ Tarifverträge seien etwas Gutes, so lange sie der Tarifautonomie unterlägen. „Gerade im ländlichen Raum würden kleine Unternehmen zusätzlich benachteiligt, wenn sie quasi in Tarifverträge gezwungen werden.“ Dass viele Unternehmen aus Tarifverträgen ausstiegen, liege für ihn auch daran, dass Aspekte wie Digitalisierung oder projektbezogenes Arbeiten darin nicht abgebildet würden.

„Das Problem ist doch gar nicht, dass die Leute zu wenig verdienen“, meinte **Holger Arppe** (fraktionslos). „Die Steuerlast der Menschen ist viel zu hoch!“ Das ziehe ihnen höhere Löhne sofort wieder aus der Tasche. „Das ist doch das Problem!“

Von dem, was die SPD angeführt habe, könne er Etliches unterschreiben, meinte **Henning Foerster** (DIE LINKE). Ideen zu haben, sei aber nur das eine. Sie

umzusetzen, das andere. „Und da gibt es dann doch allzu oft eine Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit.“ Er erinnerte daran, dass es einst die SPD – in Koalition mit den Grünen – gewesen sei, die den Arbeitsmarkt mit der Hartz-Gesetzgebung zulasten vieler Beschäftigter dereguliert habe. Und: Ausgerechnet jetzt, in Corona-Zeiten, habe das Land die Arbeit der Reinigungskräfte in Ministerien durch längere Reinigungszyklen um 50.000 Stunden reduziert.

Jochen Schulte, SPD:

„Wir sind dazu verpflichtet, eine Wirtschaftspolitik auf Nachhaltigkeit auszurichten.“

Foto: Uwe Sinnecker



[...] „Gute Ideen für gute Arbeit – Mecklenburg weiter voranbringen“ – ein Journalist des NDR schrieb im Vorfeld angesichts der Überschrift der heutigen Aktuellen Stunde, es wäre ein „Klassiker aus der sozialdemokratischen Themenkiste“ zu erwarten. „Die“ – so weiter – „SPD will ein echtes Tariftreue-Gesetz. Danach soll es öffentliche Aufträge nur für Firmen geben, die ihren Beschäftigten Tarif zahlen.“ Und weiter hieß es: „Für den Koalitionspartner CDU wäre das gleich ein ganzer Krötenteich.“

Nun ist es kein Geheimnis, [...] dass die SPD-Fraktion tatsächlich ein echtes Tariftreuegesetz bei öffentlichen Aufträgen will. Einen entsprechenden Gesetzentwurf haben wir bereits vorgestellt und auch an unseren Koalitionspartner überreicht. Und tatsächlich konnte man den Eindruck gewinnen, dass der Gesetzentwurf für unseren Koalitionspartner eine echte Kröte darstellte, die er zumindest in dieser Wahlperiode nicht bereit war zu schlucken. Aber das ist fast [...] irrelevant für uns, auch, dass unser Koalitionspartner weiterhin

keine Einsicht zeigt, trotz der [...] aus unserer Sicht besseren Argumente [...], denn für meine Fraktion ist eines klar: Die Forderung nach tariflichen Löhnen bei der Abarbeitung öffentlicher Aufträge bleibt für uns als SPD eine grundlegende Forderung, jetzt und auch für eine eventuelle Koalitionsvereinbarung in der kommenden Wahlperiode.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

[...]

*(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE:
Wieso gehen Sie davon aus,
dass Sie da drin sind?!)*

[...] Das eine oder andere, [...] haben wir in dieser Wahlperiode erreicht. Wir haben den Vergabemindestlohn von 8,84 Euro seit Beginn des Jahres 2017 auf inzwischen 10,35 Euro gesteigert. Das sind 17 Prozent, 17 Prozent mehr Lohn für die betroffenen Beschäftigten! [...]

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Auch die Zahlung von Fördermitteln [...] haben wir zum Teil an eine tarifliche Entlohnung geknüpft. Auch dies ist eine echte Verbesserung [...]. Nur ein Beispiel von vielen ist hier die Richtlinie zur Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen bei der Ersteinstellung von Personal mit Hochschulabschluss in einer technischen Facheinrichtung. [...] dort wird [...] sichergestellt, dass bei diesen Neueinstellungen tatsächlich tariflohnverpflichtend gezahlt werden muss, ansonsten gibt es keine Fördermittel. [...]

Die heutige Aktuelle Stunde [...] steht nicht nur auf der Tagesordnung passenderweise zwischen der Regierungserklärung [...] am Mittwoch und dem sich unmittelbar [...] anschließenden Bericht des Zukunftsrates.

Corona [...] hat unser Leben in vielen Bereichen auf den Kopf gestellt. Einerseits hat die Corona-Krise Probleme temporär verdeckt, [...] wie etwa den Fachkräfteengpass, andererseits haben wir [...] gesehen, dass diejenigen, die bereits vor der Krise aufgrund ihres niedrigen Einkommens gesellschaftlich schlechter dastanden, auch in der Krise häufig [...] zu den Verlierern gehörten. Der, dessen Lohn bereits vor der Krise kaum zum Leben reichte, hatte durch die plötzliche Kurzar-

beit endgültig kein Auskommen mehr mit seinem Einkommen. [...]

Und wenn wir sehen, dass [...] überall dort, wo Tariflöhne gezahlt werden, die Löhne auch signifikant höher sind – im Monat macht das [...] bis zu 850 Euro für die gleiche Arbeit in der gleichen Branche aus [...]. daran [...] sehen Sie [...] auch, dass Tariftreue und Tarifbindung [...] bei öffentlichen Aufträgen eben nicht nur ein richtiger und wichtiger Schritt zur Verbesserung der Löhne [...], sondern für die volkswirtschaftliche Situation [...] richtig sind. Dann tragen [...] Tariftreue und Tarifbindung auch zur Stabilisierung unserer Wirtschaft bei. [...]

Tariftreue und Tarifbindung bringen [...] auch denjenigen Unternehmen, die wiederum vom Konsum leben, mehr Möglichkeiten, wieder aus der Krise zu kommen. Mehr Geld im Portemonnaie jedes Beschäftigten ist auch mehr volkswirtschaftliches Einkommen, das dem Konsum in diesem Land dient und das letztendlich auch dem Wirtschaftswachstum in diesem Land dient [...].

*(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –
Zuruf von Daniel Peters, CDU)*

Aber [...] auch wenn ein Mehr an Tarifbindung und Tariftreue bei öffentlichen Aufträgen ein sinnvoller und notwendiger Schritt für die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes ist, [...] Wenn wir unser Land gerade auch wirtschaftlich weiter voranbringen wollen, dann müssen wir [...] auch, aber eben nicht nur gute Löhne zahlen. Wir brauchen mehr Wertschöpfung in unserem Land, wir brauchen mehr zukunftsfähige Arbeitsplätze, gerade und vor allem vor dem Hintergrund der bestehenden umwelt- und klimaschutzpolitischen Herausforderungen [...].

Wenn wir [...] wir Mecklenburg-Vorpommern weiter voranbringen, wenn wir gute Ideen für gute Arbeit nicht nur denken, sondern auch umsetzen wollen, dann [...] brauchen wir keine Konzepte von vorgestern oder von vorgestern, nein, [...] wir brauchen Lösungen für das Morgen und natürlich mit guten Ideen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Insofern ist auch der heute auf der Tagesordnung stehende Bericht des Zukunftsrates ein Mosaikstein für eine erfolgreiche Zukunft unseres Landes. Und wenn wir die Ressourcen unseres Landes für eine [...] wirtschaftlich erfolgreiche Zukunft betrachten, dann besteht neben den gut ausgebildeten Menschen, insbesondere auch in den natürlichen Gegebenheiten Mecklenburg-Vorpommerns ein Pfund [...]. Es gibt in Deutschland kein anderes Land, das so mit dem Begriff oder mit den Vorzügen einer gesunden Umwelt verbunden ist wie Mecklenburg-Vorpommern. Wir [...] sind dazu verpflichtet, eine Wirtschaftspolitik auf Nachhaltigkeit auszurichten und damit Wirtschaftswachstum für unser Land zu schaffen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

[...] wir als SPD-Landtagsfraktion haben schon 2016 eine Studie in Auftrag gegeben, wie industrielles Wachstum im Bereich „Erneuerbare Energien“ für Arbeitsplätze in diesem Land sorgt. [...] diese Zukunftschancen sind [...] im Bereich von Themen wie Wasserstoffwirtschaft und Digitalisierung. Da können wir gut bezahlte Arbeitsplätze in diesem Land schaffen.

Aber eins sage ich [...] auch, und da grenzen wir uns dann deutlich auch von anderen ab, zum Beispiel von den GRÜNEN [...] das bedeutet nicht, dass man die klassischen Industrien vergessen kann. Gerade maritime Wirtschaft hat [...] bewiesen, dass sie zukunftsfähig ist mit neuen Aggregaten, mit neuen Modellen, die dem Klimaschutz dienen. Und wer [...] sagt, wir müssen uns davon verabschieden, weiß nicht, wie die Industrie und die wirtschaftliche Situation dieses Landes sind [...].

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

[...] Wir als SPD-Fraktion [...] haben nicht nur gute Ideen, wir haben einen Plan für die Zukunft [...], mit neuen Arbeitsplätzen in den Zukunftsbereichen Wasserstoff und erneuerbare Energien mit festen Sozialstandards und Tarifbindungen als Bindeglied für öffentliche Aufträge Investitionen zu schaffen, Arbeitsplätze zu schaffen und dieses Land weiter voranzubringen. [...]

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)



Ministerpräsidentin Manuela Schwesig:

„Wir müssen alles weiter dafür tun, dass Menschen in unserem Land Arbeit haben.“

Fotos: Uwe Sinnecker



Das Thema „Gute Arbeit“ ist ein zentrales Anliegen der Landesregierung [...] und es hat natürlich mit dem Thema „Einkommen, Existenz“ zu tun. [...]

Wir müssen alles weiter dafür tun, gerade nach dieser Pandemie, dass Menschen in unserem Land Arbeit haben, gute Arbeit, von der sie leben können und wo sie sich respektiert fühlen. Das ist Ziel der Landesregierung.

Vier Zahlen möchte ich dazu in Erinnerung rufen: Im Mai 2006, vor 15 Jahren, hatten wir 166.000 Arbeitslose, vor 10 Jahren, im Mai 2011, 106.000 Arbeitslose, weitere 5 Jahre später, im Mai 2016, 78.000 Arbeitslose und heute, im Mai 2021, nur noch 66.400.

Hinter diesen 66.400 Arbeitslosen, sehr geehrte Damen und Herren, stehen allerdings Frauen und Männer, junge Menschen, die wir nicht vergessen dürfen. Gleichwohl zeigen die Zahlen eindrucksvoll, wie stark unser Land an Wirtschaftskraft gewonnen hat und wie deutlich die Arbeitslosigkeit in diesem Land zurückgegangen ist. [...]

Und es macht sich auch bemerkbar, dass Bund und Land mit dem größten Hilfspaket in der Geschichte unseres Landes die Wirtschaft und die Arbeitsplätze stabilisiert haben [...].

[...] Ich kann mich noch gut erinnern, dass ich als Arbeitsministerin für die Einführung des Mindestlohnes gekämpft habe [...]. Viele Menschen, gerade in unserem Land, in Ostdeutschland haben davon profitiert und der Wirtschaft und dem Arbeitsmarkt hat es nicht geschadet. [...]

Und als der Bund dann den bundesweiten Mindestlohn eingeführt hat, haben wir darüber gesprochen, dass wir auch den Vergabemindestlohn einführen. Der ist dann 2018 eingeführt worden und seitdem mehrmals erhöht, von 9,54 Euro auf 10,35 Euro gestiegen. Wer also im Land öffentliche Aufträge bekommen will, muss dafür seinen Beschäftigten mindestens die 10,35 Euro zahlen.

Und wir haben auch in der Wirtschaftsförderung stärker auf gute Arbeit geschaut und die Wirtschaftsförderung mit einem Bonussystem für Unternehmen belohnt, die ihren Beschäftigten Tariflöhne zahlen. Es geht darum, Anreize für bessere Löhne zu schaffen, und das haben wir bereits durchgesetzt.

Und wir haben auch darauf geachtet, dass Menschen, die arbeiten gehen und deshalb auch Unterstützung brauchen, nicht dafür bestraft werden [...]. Deshalb war es richtig, dass wir die Kita-Gebühren abgeschafft haben. [...]

Die Lohnstruktur hat auch damit zu tun, welche Arbeitsplätze man hat.

*(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Wer hier regiert!)*

Und deshalb ist es sehr, sehr wichtig, dass wir in unserem Land, was Wirtschaftsstrukturen angeht, breit aufgestellt sind, dass wir auf verschiedene Branchen setzen [...].

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)



Ministerpräsidentin Manuela Schwesig

Nikolaus Kramer, AfD:

„Jedes dritte Unternehmen steht vor der Insolvenz [...] Erzählen Sie denen mal was von Tariftreue!“

Fotos: Uwe Sinnecker



Sehr geehrte Frau Präsidentin! [...] Liebe Landsleute! [...] ich habe es bereut, [...] dass ich gar kein Nähzeug dabei hatte. Ich wollte mir die Taschen zunähen, die Sie uns hier vollgehauen haben, also sowohl Herr Schulte als auch die Ministerpräsidentin.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

[...] Ich bin [...] sehr dankbar für die Kleine Anfrage „Sozio-ökonomische Entwicklung“ [...] wenn ich mir diese [...] angucke, dann sehen wir überall Mecklenburg-Vorpommern entweder auf dem letzten Platz oder auf dem vorletzten Platz – ob es das Bruttoinlandsprodukt ist, ob es die Löhne und Gehälter sind. Und dann steht die Ministerpräsidentin hier

*(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Klopft sich auf die Schulter.)*

und klopft sich selbst auf die Schulter und redet von Weltführerschaft. Also das ist doch schon fast Größenwahnsinnig.

*(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)*

[...]

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Und dann möchte ich [...] auf Herrn Schulte eingehen. Einmal lasse ich Ihnen das durchgehen [...] wenn Sie Vorpommern [...] hinten runterfallen lassen, aber Sie haben es zweimal [...].

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Das tut mir, als Pommer tut mir das weh [...]

In unserem Land haben wir kaum börsennotierte Unternehmen. Wir haben kaum kapitalstarke Unternehmen. Feinkost Waren wandert nach Polen ab, die Kleinunternehmen verlassen unser Land. [...] Und dann stellt sich die Ministerpräsidentin hier hin und erzählt [...] dass die Pendlerpauschale im Klimapaket enthalten sei. Das ist ein Hohn, meine Damen und Herren, das ist ein totaler Hohn!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

[...] Die Spritpreise gehen in die Höhe und die Pendler [...] denen helfen Sie nicht mit der Pendlerpauschale, wenn Sie auf der anderen Seite die Spritsteuern erhöhen [...].

[...] meine Fraktion wollte zum Beispiel die Selbstständigkeit stärken durch bessere Mikrodarlehen, die Richtlinie ist nach wie vor schlecht – haben Sie abgelehnt. Meine Fraktion wollte eine bessere Verteilung der GRW-Zuschüsse – haben Sie abgelehnt. [...]

(Thomas Krüger, SPD: Welche Lösungen?)

[...] und präsentieren uns hier [...] die Pendlerpauschale und die Tariftreue.

*(Thomas Krüger, SPD: Sie haben
keine Lösung präsentiert!)*

[...] Erzählen Sie mal was von Tariftreue den 42 Prozent der Mitarbeiter in der Tourismusbranche, die heute noch in Kurzarbeit sind aufgrund der pandemischen Lage, [...]

*(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Zuruf von Thomas Krüger, SPD)*

[...] Jedes dritte Unternehmen steht vor der Insolvenz aufgrund Ihrer Maßnahmen. Erzählen Sie denen mal was von Tariftreue!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)



Jens-Holger Schneider und Jörg Krüger, AfD

[...] Sie hatten 25 Jahre Zeit, Frau Ministerpräsidentin. [...]

*(Thomas Krüger, SPD: Das ist doch falsch!
Die Ministerpräsidentin hat doch
dargestellt, was gemacht worden ist.)*

Meine Damen und Herren, ich kann Ihnen wärmstens ans Herz legen, schauen Sie in das Wahlprogramm der AfD der Landes Mecklenburg-Vorpommern!

*(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD –
Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)*

Da finden Sie gute Ideen, da finden Sie gute Lösungen, da finden Sie zum Beispiel unsere Forderung, den Bürokratieaufwand zu verringern, wo jeder Kleinunternehmer sich darüber echauffert. [...]

Wir setzen uns ein für eine gezieltere und transparentere Vergabe von Fördermitteln. In unserem Wahlprogramm finden Sie, dass wir als freiheitliche Partei uns für Freiheit einsetzen statt Zwang, was die Zwangsgliedschaften in Berufsgenossenschaften betrifft. Dann setzen wir auf Qualitätstourismus mit verbesserter Infrastruktur. [...]

Und dann habe ich auch ein ganz tagesaktuelles Beispiel, was also die SPD-Fraktion für gute Ideen [...] hat. Wenn es zum Beispiel um die Spielhallen geht, da haben Sie mit einem Federstreich circa 600 Arbeitsplätze, vornehmlich lebensältere Frauen, mit einem Handstreich zerstört. [...]

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

[...] und erzählen uns hier was in Ihrer Aktuellen Stunde von „gute Ideen für gute Arbeit“, meine Damen und Herren! Wir brauchen Problemlösungen und die werden wir Ihnen hier in diesem Hause und für die Bürger unseres Landes ab dem 26.09. bieten.

*(Dr. Ralph Weber, AfD: Vorpommern
wird dauernd vergessen.)*



Dirk Lerche und Prof. Dr. Ralph Weber (AfD)

Bernhard Wildt, CDU:

„Wir brauchen
wettbewerbsfähige
Unternehmen.“



Fotos: Uwe Sinnecker

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin! Herzlichen Dank an den Koalitionspartner für die Wahl des Themas. Das Wachstum der Wirtschaft, das Wachstum der Einkommen, das Wachstum von Wohlstand, das ist das Brot- und Butterthema der CDU seit über 70 Jahren.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

[...] Erst kommt das Wirtschaftswachstum und dann, wenn was erarbeitet wurde, dann wird es auch verteilt – genau in der Reihenfolge, darauf legen wir großen Wert.

Und was ist denn nun die Voraussetzung für Wirtschaftswachstum? [...] Wir brauchen wettbewerbsfähige Unternehmen, [...], und dazu braucht es Unternehmertum, also Wagemut, Risikobereitschaft, Innovation, technischen und organisatorischen Fortschritt, Kreativität, Leistungsbereit-



Abgeordnete der Fraktionen CDU und AfD

schaft [...], aber auch Teamgeist und die Motivation des gesamten Teams [...].

Was steuert der Staat bei? Rechtssicherheit, Infrastruktur, [...] soziale Gerechtigkeit durch die Umverteilungsmaschinerie [...]. Die starken Schultern tragen eben mehr als die schwachen, nicht aber durch Überregulierung und Überbürokratisierung. Das ist nicht das, was die Wirtschaft braucht, um zu wachsen und um wettbewerbsfähig zu bleiben.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Und deswegen setzt sich meine Fraktion gerade in der heutigen Zeit [...] für ein Belastungsmoratorium ein. Im Moment ist nicht die Zeit dafür, Unternehmen zu belasten und irgendwie noch zusätzlich in Schwierigkeiten zu bringen.

Nicht gemeint mit der Überbürokratisierung sind die Tarifverträge. Tarifverträge sind was Gutes, [...], wenn sich die Gewerkschaften und die Arbeitgeberverbände einigen und gemeinsame Lösungen finden, wie denn der betriebliche Alltag zu organisieren sei [...]. Und deswegen ist auch die Frage, warum steigen so viele Unternehmen aus den Arbeitgeberverbänden aus und wollen nicht mehr am Tarifvertrag teilnehmen. [...] Und warum gehen so viele Arbeitnehmer nicht mehr in die Gewerkschaft.

Diese Fragen – und, Frau Ministerpräsidentin, die Politik bekommt ja diese Fragen häufig oder häufig Arbeitsaufträge aus dem Bereich der Wirtschaftsverbände und der Gewerkschaft –, man muss auch mal die Frage zurückgeben, die müssen sich auch anstrengen, Lösungen zu finden für die neuen Herausforderungen, die sich finden, und die sind eben viel flexibler als die alten Flächentarifverträge der Vergangenheit.

Und ich möchte mal drei Herausforderungen nennen, auf die man meiner Meinung nach noch nicht ausreichend in den Tarifverträgen eingegangen ist. Das ist zum Beispiel die Digitalisierung. [...] Viele Arbeitsplätze sind ins Homeoffice gewandert, [...] digitalisiert, [...]. Es ist ja nicht nur die Freiheit, zu Hause zu arbeiten, sondern wir wissen, dass viele Ar-



Lorenz Caffier und Thomas Grote (CDU)

beitnehmer sich selber quasi ausbeuten, indem sie viel länger zu Hause arbeiten [...] oder auch die Vereinzelnung [...].

Die Projektorientierung: Die Mitarbeiter schließen sich zusammen oder werden zusammengestellt in Projekten, die nur zeitlich befristet so arbeiten und dann aber vielleicht auch über eine Projektprämie ganz anders bezahlt werden als über den klassischen Tarifvertrag. [...]

Und schließlich der demografische Wandel: [...] Wenn man einen jungen Lehrer in den ländlichen Raum bekommen möchte, der soll eine extra Prämie kriegen. Damit zerstört man aber den Betriebsfrieden, weil die älteren Lehrer diese Prämie nicht bekommen. Das Gleiche gilt doch für die Unternehmen. [...] Und das sind alles Gründe, die nicht gegen Tarifverträge sprechen, [...] aber für Tarifverträge, die diese Herausforderungen annehmen.

Und deswegen müssen wir sagen, gerade im ländlichen Raum würden kleine Unternehmen zusätzlich benachteiligt, wenn sie quasi in die Tarifverträge gezwungen werden. [...]

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Und insofern, Herr Schulte, muss ich sagen, die Kröte, die sich in einen Prinzen verwandelt, die gibt es eben nur im Märchen. [...] Kröte bleibt Kröte, und da hilft das Märchen nicht weiter.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Ein Wort noch ganz kurz zu den Pendlern: Frau Ministerpräsidentin, Sie haben es angesprochen, die Pendler [...] müssen wir nicht abhalten davon, nach Hamburg zu pendeln, [...] aber richtig ist, dass es sehr gut ist, dass die Pendlerpauschale erhalten bleibt, und das muss auch so bleiben, denn wir sind ein Flächenland und unsere Arbeitnehmer und unsere Bewohner hier im Land müssen pendeln. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Wildt!



Abgeordnete der Fraktionen SPD und DIE LINKE

Fotos: Uwe Sinnecker

Henning Foerster, DIE LINKE:

„Aus wohlklingenden Worten müssen aber irgendwann auch Taten werden.“

Fotos: Uwe Sinnecker



[...] unbestritten sind gute Ideen für gute Arbeit von Vorteil, wenn es darum geht, unser Land in den kommenden Jahren voranzubringen. [...] Allerdings ist das eine ja, eine Idee zu haben. Das ist der erste Schritt. Der zweite, [...] ist deren Umsetzung,

*(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
So weit sind die noch nicht!)*

und da gibt es dann doch allzu oft eine Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Nach 27 Jahren Regierungsbeteiligung in Mecklenburg-Vorpommern und einer gefühlten Ewigkeit andauernder Großer Koalitionen im Bund [...].

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

[...] es war die SPD, die [...] die Hartz-Gesetzgebung eingeführt hat und den Arbeitsmarkt zulasten vieler Beschäftigter dereguliert hat. [...] Die sachgrundlosen Befristungen abzuschaffen, wäre eine gute Idee für gute Arbeit, allerdings sah



Abgeordnete - Fraktionen, 7. Legislaturperiode 2016 bis September 2021

die SPD-Fraktion in diesem Hohen Haus sich diesbezüglich nicht in der Lage, [...].

Mehr Tarifbindung ist unzweifelhaft auch eine gute Idee für gute Arbeit, [...] 2015 arbeiteten 311.000 [...] der Beschäftigten in Betrieben mit Tarifbindung, im Jahr 2019 waren es nur noch 304.000 [...] kein Grund also, sich auf die Schultern zu klopfen [...].

Ein hohes Niveau öffentlicher Aufträge ist ebenfalls eine gute Idee für gute Arbeit, zum Beispiel im Reinigungsgewerbe. Stattdessen haben wir [...] erlebt, dass [...] die Arbeitgeber gegen die Streichung von Reinigungsleistungen protestiert und eine entsprechende Petition an die Landtagspräsidentin übergeben haben. [...]

Auch die Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns ist eine gute Idee für gute Arbeit. [...]

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

[...] Eine gute Idee für gute Arbeit wäre, die Arbeitsschutzbehörden [...] wieder besser auszustatten. Einen entsprechenden Antrag haben Sie aber gerade [...] abgelehnt. [...] starke Betriebsräte sind immer eine gute Idee für gute Arbeit. [...] Initiativen, die darauf gerichtet waren, das Wirken von selbigen bekannter zu machen, [...] fanden bei der SPD weder in den Haushaltsberatungen noch bei entsprechenden Landtagsanträgen [...] Zustimmung, [...].

Eine gute Idee für gute Arbeit ist auch eine Industriestrategie für Mecklenburg-Vorpommern. [...] eine [...] Initiative meiner Fraktion haben Sie hier im Landtag abgelehnt, [...].

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

[...] Zwei gute Ideen, [...] sind eine aktive Strukturpolitik und ein hohes Niveau öffentlicher Investitionen. [...] das bedeutet, der Staat muss mit öffentlichen Einrichtungen und Dienstleistungen auch im ländlichen, strukturschwachen Raum sichtbar bleiben und darf nicht nach dem Motto „Spare in der Not, dann hast du nach dem Tod“ verfahren,

(Heiterkeit bei Wolfgang Waldmüller, CDU)

[...] an guten Ideen mangelt es [...] nicht, aus wohlklingenden Worten müssen aber irgendwann auch Taten werden, [...].

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)



In der Debatte haben noch weitere Redner gesprochen. Die vollständigen Redebeiträge finden Sie zum Nachlesen auf der Website des Landtags (Parlamentsdokumente/ Plenarprotokolle) oder zum Nachhören auf dem YouTube-Kanal unter www.landtag-mv.de



Fotos: Uwe Sinnecker

Ministerpräsidentin Manuela Schwesig

Lockerungen in MV

Was öffnet wann? Regierungserklärung zu Corona eröffnet die letzte Sitzungswoche.

■ **Mittwoch, 9. Juni:** Die Abgeordneten starten in die letzte reguläre Sitzungswoche ihrer Wahlperiode. Der erste der drei Sitzungstage beginnt dabei nicht wie üblich mit einer Aktuellen Stunde; diese wurde auf den letzten Sitzungstag verlegt. Zu Beginn hält stattdessen Ministerpräsidentin Manuela Schwesig eine Regierungserklärung. Es ist die dreizehnte ihrer Amtszeit und die elfte zu Corona. Flankiert wird die Aussprache dazu von zwei Anträgen. Sowohl SPD/CDU als auch DIE LINKE nehmen darin insbesondere Kinder, Jugendliche und die Wirtschaft in den Blick und fordern, sie mit den Folgen der Pandemie nicht allein zu lassen. Im Grundsatz stellen sich alle drei Fraktionen hinter die Corona-Politik der vergangenen Monate. Die AfD lehnt sie nach wie vor ab.



Ministerpräsidentin Manuela Schwesig

„Ich freue mich sehr, dass diese Regierungserklärung endlich wieder positive Aussichten für unser Land geben kann“, sagte Ministerpräsidentin **Manuela Schwesig** (SPD). Die vergangenen Monate hätten viele Menschen an die Grenzen ihrer Kräfte gebracht. „MV ist in einen strengen Lockdown gegangen, teilweise über das hinaus, was der Bund für Deutschland festgelegt hatte.“ Das

sei eine der schwierigsten Pandemie-Entscheidungen gewesen. Heute zeige sich: „Der MV-Weg war richtig!“ Die Corona-Zahlen seien schneller als in allen anderen Bundesländern gesunken. „Der Sommer kommt und Corona geht.“ Deswegen könne MV jetzt umfangreicher lockern, als geplant. „Wir öffnen MV in allen Bereichen. Auch wenn es noch Einschränkungen geben muss durch

Abstand, durch Maske, durch Testpflichten und Personenzahlbeschränkungen.“ Dass die Schutzmaßnahmen gewirkt haben, sei vor allem ein Verdienst all derer, die sich an die Einschränkungen gehalten hätten, so Schwesig. Sie warnte jedoch, das Virus zu unterschätzen. „Wir müssen uns vorbereiten auf den Herbst.“ Und das bedeute vor allem: Impfen, impfen, impfen. „Deshalb bitte



Simone Oldenburg (DIE LINKE) befragt Thomas Krüger (SPD).

ich die Bürgerinnen und Bürger: Lassen Sie sich impfen!"

Nikolaus Kramer (AfD-Fraktionsvorsitzender) warf der Landesregierung vor, in den vergangenen Monaten „mit einem so wirksamen wie perfiden Mittel“ regiert zu haben: Angst. „Ihre Propaganda alarmierte stets: Wie haben eine Menge Tote zu erwarten, die Intensivstationen laufen voll, es drohen Triagen, Mutanten kommen. Kaum etwas davon ist bisher eingetreten.“ Von Anfang an habe es auch kritische Einwände gegen die Corona-Maßnahmen gegeben. Diese Stimmen hätten jedoch schnell im Stallgeruch gestanden, Verschwörungstheoretiker zu sein. Ein Dank gebühre seiner Meinung nach deshalb nicht nur den Menschen, „die mit einem Lächeln im Gesicht die Erniedrigungen der Corona-Politik hingenommen haben“, sondern vor allem denen, die dagegen aufbegehren. „Um die Leute bei Laune zu halten“, habe die Landesregierung einen immensen Nachtragshaushalt aufgelegt, dessen Folgen noch ganze Generationen zu spüren bekämen. Ob die Einschränkungen von Bürgerrechten und Freiheiten nur ansatzweise gerechtfertigt gewesen seien, werden die Geschichte zeigen. Er hoffe darauf, dass sich „die Menschen künftig hoffentlich nicht mehr so unkritisch Angst machen lassen“.

„Die AfD hat von Beginn an versucht, und auch heute wieder, die Pandemie im Wesentlichen als ein Wahrnehmungs-



Abgeordnete der Fraktion CDU

problem einer dummen beziehungsweise böswilligen, politischen Elite zu brandmarken“, erwiderte **Wolfgang Waldmüller** (CDU-Fraktionsvorsitzender). „Das ist eine Wahnwelt, in der weite Teile der AfD nach wie vor unterwegs sind.“ Zwischen dem Gesundheitsschutz der Bevölkerung und der Verhältnismäßigkeit der Einschränkungen abzuwägen, „das ist eine Gratwanderung“. Gerichtsurteile hätten hier auch immer wieder Grenzen aufgezeigt. Eine Blaupause, von der man hätte abschreiben können, habe es nicht gegeben. „Wenn ich heute kurz bilanziere, dann stelle ich fest, dass die große Linie stimmt.“ Er zeigte sich zuversichtlich, dass jeder, der möchte, bis zum Sommer ein Impfangebot erhalten werde. Wer es nicht an-

nehmen wolle, müsse gegebenenfalls weiterhin mit Einschränkungen rechnen. Das sei wie beim Führerschein: Wer ihn nicht machen möchte, müsse dann eben das Fahrrad nutzen. Sorgen bereiteten ihm die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie. Die Gefahr einer Rezession sei eindeutig da. Hier erwarte er ein sachliches Ringen um die beste Lösung.

„Die gesamte Pandemie hindurch haben Sie, sehr geehrte Abgeordnete der AfD, keinen einzigen ernst zu nehmenden Vorschlag gemacht, um Menschenleben zu schützen, um die Gesellschaft zu schützen. Alles, was Sie gemacht haben, war immer ein Ritt auf der Rasierklinge“, argumentierte **Simone Oldenburg** (Fraktionsvorsitzende DIE LINKE). Dass



Martina Tegtmeier (SPD)



Fotos: Uwe Sinnecker

Hygienemaßnahmen vor dem Plenarsaal

froh, dass es Bilder überlasteter Krankenhäuser in Deutschland nicht gegeben habe. Ja, der Preis dafür sei durch viele Einschränkungen hoch gewesen. Aber „das existenzielle Leid“, dass sich in mehr als 44.000 Erkrankten und mehr als 1130 Toten in MV widerspiegeln, „steht für mich über jedem Frust, den es in den letzten Monaten auch in MV über die Corona-Regeln gab“. Auch er appellierte daran, die Impfangebote zu nutzen. Er vertraue auf die Bewertungen von Gremien wie der Ständigen Impfkommision. „Ich werbe dafür, dass alle, die da unterwegs sind und Fake News und Angst verbreiten über das Impfen, dass die möglichst nicht gehört werden.“

In der Debatte haben noch weitere Redner gesprochen. Die vollständigen Redebeiträge finden Sie zum Nachlesen auf der Website des Landtags (Parlamentsdokumente/Plenarprotokolle) oder zum Nachhören auf dem YouTube-Kanal unter www.landtag-mv.de. Der Antrag der Koalitionsfraktionen wurde mit deren Stimmmehrheit, bei Gegenstimmen der AfD und Stimmenthaltung der Linken angenommen. Den Antrag der Linken lehnten SPD, CDU und AfD (bei einer Stimmenthaltung) ab.

Antrag DIE LINKE
Drucksache 7/6234
Antrag SPD/CDU
Drucksache 7/6238



Dr. Mignon Schwenke (DIE LINKE)

der Ausnahmezustand so lange ange-dauert habe, sei auch der Bundesregierung geschuldet gewesen. „Weil sie das Krisenmanagement beim Impfstoff nicht beherrschte.“ Vor allem Kinder und Jugendliche hätten darunter zu leiden gehabt. Sie hätten jetzt besondere Aufmerksamkeit verdient. Ihre Fraktion schlug deshalb vor, ihnen in diesem Sommer das Schülerferienticket zu schenken und eine Kinderkarte einzuführen. Mit einem monatlichen Budget von 50 Euro für Angebote in Bildung, Kultur, Sport und Freizeit. Mit Blick auf die Wirtschaft forderte DIE LINKE unter anderem einen längeren Anspruch auf Arbeitslosengeld, mehr Kurzarbeitergeld, das Aussetzen der Insolvenz-Antragspflicht und ein Sommerstabilisie-

rungsprogramm für Kulturschaffende. „Um aus dem letzten Jahr zu lernen, schlagen wir außerdem die Gründung einer Enquete-Kommission vor.“

„Wir sind in den vergangenen Monaten durch einen dunklen Tunnel gegangen. Einen Tunnel, den wir erst ausleuchten mussten“, sagte **Thomas Krüger** (SPD-Fraktionsvorsitzender). „Niemand von uns wusste, wie man mit einer Pandemie umgeht.“ Keine der Einschränkungen in MV sei „vom blauen Himmel herab“ entschieden worden, sondern mit Hilfe von Fachleuten und unter schwierigen Abwägungen. „Wenn Sie glauben, dass die Experten, die wir da hatten, alle immer nur einer Meinung waren, dann täuschen Sie sich.“ Er sei

MV erhält offizielle Tourismusorte

Letztes Gesetz der Legislatur führt neue Prädikate ein und weitet die Erhebung von Kurabgaben aus

■ Freitag, 11. Juni. 16.15 Uhr. Die Abgeordneten sitzen bei Top 60. Der letzte Punkt der Tagesordnung ist gleichzeitig der letzte Sitzungspunkt der Legislatur. Darin beschließen sie mit breiter Mehrheit ein letztes Gesetz. Sie entscheiden damit, dass es künftig zusätzlich zu Kur- und Erholungsorten in MV noch die Prädikate „Tourismusort“ und „Tourismusregion“ geben wird – und dort ebenfalls Kurabgaben erhoben werden dürfen. Der Schlussakkord der Sitzung ist ein seltenes Beispiel dafür, dass ein Gesetzgebungsverfahren, wenn nötig, binnen einer Sitzungswoche die erste Lesung, die Ausschussberatung und die zweite Lesung durchlaufen kann. Ihre Standpunkte zum Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen haben die Abgeordneten in der ersten Lesung am Mittwoch ausgetauscht. In der zweiten Lesung waren kein Reden vorgesehen.

„Jeder fünfte Arbeitsplatz in MV hängt vom Tourismus ab. Das sind etwa 130.000 Mitarbeiter“, hob **Wolfgang Waldmüller** (CDU-Fraktionsvorsitzender) die Bedeutung der Branche hervor. „Der Tourismus generiert elf bis zwölf Prozent unseres Bruttoinlandsprodukts.“ Um langfristig erfolgreich zu bleiben, sei es wichtig, touristische Innovationen und Qualitätsverbesserungen nicht auf einzelne Kurorte zu beschränken. Die bisherige Regelung erschwere es beispielsweise, Gästekarten anzubieten, mit denen Urlauber regionsübergreifend kostenlos den öffentlichen Personennahverkehr nutzen können – weil nur prädikatisierte Orte eine Kurabgabe erheben dürften und damit das Angebot gegenfinanzieren könnten. Er betonte, dass die neuen Kategorien die bisherigen Prädikate nicht schmälerten. „Mit der Anerkennung als Kur- und Er-



Insel Poel, Timmendorfer Hafen

holungsort ist nach wie vor ein erheblicher Vermarktungsvorteil verbunden.“ Die nun angedachte Erweiterung solle vielmehr einen stärkeren Anreiz für interkommunale Zusammenarbeit bieten und „damit die Zukunftsfähigkeit unseres Landes im Tourismus sichern“.

„Wir müssen uns die Frage stellen: Wie können wir den Tourismus in MV so aufstellen, dass wir wettbewerbsfähig bleiben? Dass wir modern sind? Dass wir attraktive Angebote vorhalten?“, knüpfte Wirtschaftsminister **Harry Glawe** (CDU) an. Neue Mobilitätsangebote zu entwickeln, werde dabei eine entscheidende Rolle spielen. „Für die Umsetzung dieser Aufgaben fehlen derzeit allerdings die notwendigen rechtlichen Rahmenbedingungen. Das betrifft vor allem die Finanzierung interkommunaler, überregionaler Vorhaben.“ Diesem Ansinnen trage der Gesetzentwurf Rechnung, indem er die Prädikate „Tourismusort“ und „Tourismusregion“ einführe. Diese Anpassung sei notwendig, damit auch Orte, die wichtige Angebote für Touristen vorhalten und in interkommunalen Vorhaben eine wichtige Rolle spielen, eine gästebezogene Abgabe erheben dürften. „Die Höhe der Kurabgabe wird von den Gemeinden kalkuliert und per Satzung festgelegt.“ Er betonte, dass die Einnahmen zweckgebunden seien, also der Finanzierung touristischer Angebote und keiner Quersubventionierung kommunaler Aufgaben diene.

Nikolaus Kramer (AfD-Fraktionsvorsitzender) sprach von einem Etiketten-

schwindel. „Was Sie als innovativ finden, erkennen wir als unlauter.“ Den beiden neuen Begriffen fehle die Definitionsschärfe. Damit werde das bisherige Qualitätssystem unterlaufen. „Sie wollen letztlich die Bürger, die Besucher, die Touristen belasten, um Einnahmen zu generieren, die Löcher stopfen, die Ihre Corona-Absperrpolitik erst aufgerissen hat.“ Damit werde dem Urlauber „auf fin-dige und clevere Weise“ das Geld aus der Tasche gezogen. „Sie trivialisieren und inflationieren den bisherigen Kurort-Begriff und gefährden gewissermaßen eine bewährte und national wie international geschätzte Marke.“ Er meinte, dass die Koalitionsfraktionen auch über den Strategiefonds Gelegenheit gehabt hätten, nicht prädikatisierte Orte zum Beispiel beim Bau von Radwegen zu unterstützen. „Aber Sie verwenden die Mittel, um hier einen Spritzenwagen, da ein Feuerwehrhaus zu finanzieren, um Wahlkampf auf Kosten der Steuerzahler zu machen.“ Für die AfD gelte: „Wir lehnen neue Abgaben prinzipiell ab.“

„Sie müssen nicht immer alles auf Corona schieben“, widersprach **Susann Wippermann** (SPD). Hier handele es sich um eine offene Hausaufgabe, die dem Land aus der Landestourismuskonzeption aufgetragen worden sei. „Und das war noch vor Corona, Herr Kramer: 2018.“ MV stehe in einem Wettbewerb mit vielen Tourismusregionen im In- und Ausland. Auch die Ansprüche der Gäste stiegen. Deshalb sei es richtig, Kommunen weitere Einnahmemöglichkeiten zu eröffnen. „Guter Tourismus muss gut finanziert werden.“

Als besonders spannend erachte sie die Möglichkeit, dass sich Kommunen zu Tourismusregionen zusammenschließen können. Fünf Modellregionen befänden sich dazu bereits in einer vom Land geförderten Probephase. Sie mahnte, den Blick dabei nicht allein auf die Tourismuswirtschaft zu lenken, sondern auch an die Einheimischen zu denken. „Wenn es zum Beispiel eine Gästekarte mit kostenlosem Nahverkehr gibt, dann muss Ähnliches auch für die Bevölkerung vor Ort angeboten werden.“ Alles andere würde zu Akzeptanzproblemen führen.

Henning Foerster (DIE LINKE) hielt es nicht für eine Glanzleistung, ein solches Gesetzesvorhaben in der letzten Sitzungswoche einzubringen. Zumal Gesetzesinitiativen der Opposition seit Monaten mit Verweis auf mangelnde Beratungszeit abgelehnt würden. „Aber jetzt geht es ja um ein Papier aus Ihrer Feder.“ Da gehe so etwas, „Abrakadabra“, innerhalb von drei Tagen. „Das, was Sie hier vorschlagen, ist die Regelung eines

Stichwort Tourismusort

Wer als Tourismusort anerkannt werden möchte, muss in einer landwirtschaftlich bevorzugten Lage liegen, kulturelle Einrichtungen, internationale Veranstaltungen oder Naherholungsangebote vorweisen können oder wichtige Dienstleistungsangebote für benachbarte Kur- und Erholungsorte vorhalten. Wer als Tourismusregion anerkannt werden möchte, muss unter anderem mindestens einen Kur- oder Erholungsort in der Region haben, ein Tourismuskonzept vorweisen, „eine leistungsfähige touristische Infra- und Angebotsstruktur“ vorhalten, regionale Kooperationsgemeinschaften eingehen und gebietsbezogenes Marketing betreiben. Über die Anerkennung entscheidet das für Tourismus zuständige Ministerium. Beide Prädikate reihen sich an die Seite von Kur- und Erholungsorten ein. Bisher sind in MV mehr als 70 Städte und Gemeinden als Kurort (z. B. Heilbad, Seebad, Luftkurort oder Kneipp-Kurort) oder Erholungsort anerkannt. Durch die Einführung der beiden neuen Prädikate müssen sowohl das Kurort-Gesetz als auch das Kommunalabgabengesetz angepasst werden.

Teilaspekts in der komplexen Problematik der Tourismusfinanzierung.“ Damit eröffneten sich für Kommunen neue Möglichkeiten für wichtige Investitionen in die touristische Infrastruktur. „Das ist im Wettbewerb um die Gäste von nah und fern sicher auch bitter nötig.“ Der Gast müsse im Gegenzug aber selbstverständlich auch etwas davon haben. „Zum Beispiel dadurch, dass er den ÖPNV günstiger oder kostenfrei nutzen kann.“ Strukturelle Fragen oder die Beteiligung von Unternehmen an der Finanzierung touristischer Angebote blieben im Gesetzentwurf indes außen vor. Er hoffe, dass es in der kommenden Wahlperiode ein wirkliches Tourismusgesetz geben werde.

„In der nächsten Legislatur werden wir selbstverständlich darüber reden“, blickte **Wolfgang Waldmüller** (CDU-Fraktionvorsitzender) voraus. „Da gibt es die unterschiedlichsten Ansichten. Aber Fakt ist, dass wir künftige finanzielle Strukturen brauchen.“ Dass das Gesetz etwas mit Corona zu tun habe, wies auch er zurück. „Es geht hier um künftige, wettbewerbsfähige Strukturen. Diese Aufgabe hätten wir auch ohne Corona gehabt.“ Natürlich könnten Kommunen heute schon übergreifend miteinander kooperieren. „Sie tun es aber nicht. Wir haben überall diese Kleinstaaterei, weil jeder irgendwo mit dem anderen im Wettbewerb steht.“ Mithilfe der Modellregionen seien bereits freiwillige Zusammenschlüsse gelungen. Nun gehe es darum, einen Anreiz zu schaffen, dies auch umzusetzen, warb er noch einmal um Zustimmung zum Gesetzentwurf.

Die Abgeordneten haben den Gesetzentwurf nach erster Lesung einstimmig in die Ausschüsse überwiesen. In der Ausschussberatung wurde zusätzlich vereinbart, dass Gemeinden, die Kurabgaben erheben dürfen, diese Abgaben gegenseitig anerkennen und Zahlungspflichtige von einer Kurabgabe befreien können. In der Zweiten Lesung stimmten SPD, CDU und DIE LINKE für die Einführung von „Tourismusorten“ und „Tourismusregionen“. Die AfD und die beiden fraktionslosen Abgeordneten stimmten dagegen.

*Gesetzentwurf CDU/SPD
Drucksache 7/6168*

Konzepte gegen Lernlücken

Landtag debattiert über die Folgen der Pandemie für Schülerinnen und Schüler

■ Als die Schülerinnen, Schüler und Lehrkräfte in MV am 18. Juni den letzten Schultag hinter sich ließen, ging für sie ein ungewöhnliches Schuljahr zu Ende. Homeschooling, Wechselmodelle, Notbetreuung, Quarantäne und digitales Lernen prägten Wochen und Monate. An planmäßigen Unterricht war kaum zu denken. Nun stellt sich die Frage: Wie werden Lerninhalte aufgeholt? Wissenslücken geschlossen? Dazu braucht es nach Ansicht der Fraktion DIE LINKE ein Konzept, das unter anderem die über Distanz erarbeiteten Unterrichtsinhalte evaluiert sowie Möglichkeiten gegen Schuljahreswiederholungen unterbreite und bis zum 31. Juli auf einer Bildungskonferenz mit allen Interessenvertretungen diskutiert werde. Die Koalitionsfraktionen verwiesen auf bereits angeschobene Maßnahmen und lehnten, ebenso wie die AfD, den Antrag ab.

„Wir brauchen jetzt eine Inventur. Sonst nimmt das Unglück seinen Lauf“, warnte **Simone Oldenburg** (Fraktionsvorsitzende DIE LINKE). Die Bildungsministerin habe zwar in der vergangenen Woche ein Vier-Säulen-Programm angekündigt. „Aber warum kommen Sie so spät damit um die Ecke? Zwei Wochen vor Ende des Schuljahres!“ Die Lernstandserhebungen hätten zwingend noch in diesem Schuljahr durchgeführt werden müssen. „Nur wenn ich weiß, wo die Lücken sind, macht doch ein Ferienlernprogramm Sinn.“ Wissensdefizite vorrangig mit Hilfe von Lehramtsstudierenden aufholen zu wollen, halte sie nicht für angebracht: Sie stünden selbst noch mitten in der Ausbildung und könnten Lücken gar nicht erkennen. „An diese Stelle gehören zusätzliche Lehrkräfte.“ Sie appellierte daran, das



Seit Beginn der Corona-Pandemie ist der Alltag für Schülerinnen und Schüler stark eingeschränkt.

gesamte Schulsystem einer Inventur zu unterziehen. Das könne niemand alleine leisten. „Deswegen schlagen wir eine Bildungskonferenz aller an Schule Beteiligten vor.“ An deren Ende ein genauer Plan stehe: „Wann wird was durch wen unterrichtet, erarbeitet, geprüft und vor allem auch finanziert?“

„Es steht völlig außer Zweifel: Die vergangenen Monate haben Lücken und Probleme verursacht“, erwiderte Bildungsministerin **Bettina Martin** (SPD). Wichtigstes Ziel sei nun, mit einem klugen Konzept dafür zu sorgen, den Anschluss aller Schülerinnen und Schüler zu sichern. „Deshalb hat die Landesregierung das Aktionsprogramm ‚Stark machen, Anschluss sichern‘ aufgelegt.“ Sie versicherte, dass es nach den Ferien keine atemlose Aufholjagd geben werde, die alle überfordere. Die Lehrkräfte wüssten um ihre Aufgabe, Wissensstände zu erkennen und Kinder im neuen Schuljahr gut zu begleiten. „Die Landesregierung wird in diese wichtige Aufgabe rund 38 Millionen Euro investieren.“ Etwa die Hälfte davon stamme aus Landesmitteln, rund 19 Millionen aus dem Bund-Länder-Programm „Aufholen nach Corona“. Hinzu kämen noch einmal mehr als fünf Millionen Euro für Jugend- und Schulsozialarbeit. Das Land berate viel und intensiv mit den Verbänden und dem Bündnis für gute Schule. Die von den Linken geforderte Bildungskonferenz sei bereits konzipiert und werde am 24. Juni stattfinden.

Die AfD hielt es ebenfalls für unstrittig, dass Lehrkräfte noch längere Zeit vor der Schwierigkeit stehen werden, einerseits Lerndefizite ausgleichen und andererseits neuen Stoff einführen zu müssen. **Jens-Holger Schneider** (AfD) vermisste im Antrag konkrete inhaltliche Vorschläge dazu. Nach seinem Dafürhalten habe er vielmehr das Ziel, Entscheidungsbefugnisse auf außerparlamentarische Interessenvertretungen, wie etwa das Bündnis für gute Schule, zu übertragen. Solch weitreichende Vollmachten werde die AfD nicht billigen. „Die Vielfalt der Lernprozesse wird jede Lehrkraft pragmatisch vor Ort lösen müssen. Allgemeine Prinzipien dürften da nicht allzu viel helfen.“ Sich pauschal gegen Schuljahreswiederholungen auszusprechen, komme für seine Fraktion ebenfalls nicht infrage. „In vielen Fällen dürfte eine Wiederholung des Schuljahres im Interesse der Bewältigung künftiger Schuljahre viel sinnvoller sein.“ Aus seiner Sicht trage der Antrag nicht dazu bei, Lerndefizite zu überwinden. „Wir lehnen ihn als bloßes Wahlkampfmanöver ab.“

Der Antrag habe ihn Rat suchend zurückgelassen, sagte **Marc Reinhardt** (CDU). Natürlich könne man immer beklagen, dass ein Programm zu spät komme oder nicht weitreichend genug sei. „Die Frage ist aber, was euer Antrag daran ändert.“ Die Bildungsministerin habe die vorgesehenen Maßnahmen sehr deutlich gemacht. Mit allen Be-

teiligten ins Gespräch zu kommen, sei ebenfalls schon vorgesehen. So gesehen habe sich der Antrag bereits erledigt. Er appellierte daran, die Zeit jetzt auch zu nutzen, um sich auf eine vierte Welle vorzubereiten. „Denn was wir alle nicht wollen, ist doch, dass wir im Herbst erneut dazu übergehen, Schulen zu schließen. Ich glaube, noch so ein Jahr können wir keinem Schüler in MV zumuten.“

„Eine der schwierigsten Aufgaben in den nächsten Jahren wird es sein, die Folgen der Pandemie in allen Bereichen zu bewältigen“, äußerte auch **Andreas Butzki** (SPD). „Ein wichtiger Schwerpunkt wird dabei sicher der Bereich Schule sein. Deshalb sei es gut, heute über den Antrag zu diskutieren. „Auch wenn wir ihn nachher ablehnen.“ Er habe bislang überaus positives Feedback zu dem aufgelegten Vier-Säulen-Modell erhalten. Er verwies darauf, dass das kommende Schuljahr zwei Wochen länger sein werde. Das sei für Wiederholungen sehr förderlich. Er hielt es für angebracht, vor den Herbstferien eine Konferenz durchzuführen, um zu sehen, ob die ergriffenen Maßnahmen etwas gebracht hätten und gegebenenfalls gegebenermaßen zu steuern.

Simone Oldenburg (Fraktionsvorsitzende DIE LINKE) richtete den Fokus abschließend auf die Pläne der Landesregierung, die ersten vier Wochen des neuen Schuljahres zum Nachholen zu nutzen. Im vergangenen Schuljahr habe an 86 Tagen kein regulärer Unterricht stattgefunden. „Das sind 516 Unterrichtsstunden. Da reicht kein Lückenschlussprogramm von vier Wochen.“ Da es keine Ausfallstatistik gebe, könne die Landesregierung auch keinen blassen Schimmer davon haben, was tatsächlich ausgefallen sei. Was ist ausgefallen? Was haben sich die Kinder und Jugendlichen selbst beigebracht? Welche Fächer wurden gar nicht unterrichtet? „Wenn ich all das nicht weiß, wie kann ich dann sagen, vier Wochen im neuen Schuljahr reichen aus?“ Zumal Kinder nach der vierten und oft auch nach der sechsten Klasse die Schule wechselten. „Der neue Lehrer weiß doch gar nicht, was unterrichtet wurde oder nicht“, warb sie noch einmal um Zustimmung zum Antrag.

Der Bitte folgte neben den Antragstellern nur die fraktionslose Abgeordnete Christel Weißig. SPD, CDU, AfD und der fraktionslose Abgeordnete Holger Arppe lehnten den Antrag ab.

Antrag DIE LINKE
Drucksache 7/6178

Stichwort Aktionsprogramm

Die Landesregierung hat einen Vier-Säulen-Plan entwickelt, mit dem Schülerinnen und Schüler wieder in einen geregelten Schul- und Lernalltag zurückfinden sollen. Das Aktionsprogramm heißt „Stark machen und Anschluss sichern“ und sieht verschiedene Maßnahmen vor. Unter anderem diese:

- Schülerinnen und Schüler können in den Sommerferien kostenfrei Lern- und Förderangebote privater Bildungsanbieter nutzen.
- Für Kinder im Grundschulalter werden in den Sommerferien zusätzliche Schwimmkurse angeboten.
- Die ersten vier Schulwochen nach den Sommerferien werden sogenannte Anschlusswochen sein. In dieser Zeit sollen Lehrkräfte die individuellen Ausgangslagen der Schülerinnen und Schüler bestimmen. Dazu gehören auch Lernstandserhebungen.
- Die Abschlussklassen sollen sofort mit der Prüfungsvorbereitung starten können. Schulen erhalten deshalb bis zum Beginn des neuen Schuljahres Informationen zu prüfungsrelevanten Inhalten.
- Schulen erhalten die Möglichkeit, Lehramtsstudierende oder auch ehemalige Lehrkräfte in den Unterricht einzubinden, um Kinder und Jugendliche individuell zu fördern.
- Für Jugendliche, deren Abschluss gefährdet ist, wird ein freiwilliges 10. Schuljahr eingeführt.
- In jedem Schulamtsbezirk werden mobile schulpsychologische Teams eingerichtet, die bei Problemen vor Ort Unterstützung bieten.

(Quelle: Bildungsministerium MV)

Verfahrenslotsen dauern noch

AfD fordert zügigere Umsetzung der Neuregelung

■ Welche Hilfen stehen uns zu? Wo müssen sie beantragt werden? Eltern von Kindern mit Behinderungen sehen sich bei ihren Leistungsansprüchen oft einem Antragsdickicht ausgesetzt. Die Hilfen sind komplex und kommen zumeist nicht aus einer Hand. Unterstützung bieten sollen an dieser Stelle Verfahrenslotsen: Ansprechpartner im Jugendamt, die Betroffene durch das gesamte Verfahren begleiten. Der Bund hat sie zum 1. Januar 2024 gesetzlich eingeführt. Er lässt den Ländern aber freie Hand, sie auch schon früher einzusetzen. Die AfD forderte im Landtag, von dieser Freiwilligkeit in MV Gebrauch zu machen. Außerdem beantragte sie, Kinder und Jugendliche über den eigenständigen Beratungsanspruch, den ihnen das neue Kinder- und Jugendstärkungsgesetz gewährt, umfassend zu informieren sowie die vorgeschriebenen Ombudsstellen sofort einzurichten.

Jens-Holger Schneider (AfD) bezeichnete es als „großes Plus an Qualität“, dass sich Kinder und Jugendliche nun unabhängig von Eltern, Erziehern oder Therapeuten über Hilfen informieren können. „Die eigene Abwägung und Auswahl an Unterstützungsangeboten werden Kinder und Jugendliche eher motivieren, Hilfen anzunehmen und auf längere Sicht durchzuhalten.“ Dieser Anspruch müsse deshalb unverzüglich bekannt gemacht werden. „Es gilt, keine Zeit zu verlieren. Nach den Corona-Lockdowns ist bei vielen Kindern und Jugendlichen verstärkt Leidensdruck entstanden.“ Keine Zeit zu verlieren – darauf drängt die AfD auch bei den Verfahrenslotsen. „Meine Fraktion fordert, ab sofort Verfahrenslotsen zu rekrutieren.“ Gleiches gelte für die Ombudsstellen in der Kinder- und Jugendpflege, die in Konfliktfällen zwischen Leistungsempfängern, Ämtern und Trägern ver-



Das neue Fachbuch zum Kinder- und Jugendstärkungsgesetz

mitteln sollen. Daran schloss sich eine vierte Forderung: Die Träger der Kinder- und Jugendhilfe finanziell so auszustatten, dass sie die neuen gesetzlichen Anforderungen auch erfüllen können.

„Die Landesregierung begrüßt ausdrücklich das Gesetz zur Stärkung von Kindern und Jugendlichen und die damit verbundene Reform des SGB VIII“, sagte Sozialministerin Stefanie Drese (SPD). Die Umsetzung werde schnellstmöglich nach Inkrafttreten des Gesetzes erfolgen. Die Ministerin betonte, dass die Adressaten der neuen Regelungen zum überwiegenden Teil die Träger der öffentlichen Jugendhilfe, also die Landkreise und kreisfreien Städte, seien. Mit der Reform werde das System der Kinder- und Jugendhilfe erheblich umgestaltet. „Für die kommunale Ebene muss die Umsetzbarkeit daher an erster Stelle stehen.“ Das brauche Zeit und „etwas mehr als einen dünnen Antrag“. Auf Betreiben von MV habe der Bundesrat die Bundesregierung in einer Entschliebung aufgefordert, die mit dem Gesetz einhergehenden Mehrkosten vollständig auszugleichen. Dafür werde sie sich auch weiterhin stark machen, so Drese. Den Antrag der AfD hielt sie für unglaubwürdig. Denn er komme von genau der AfD, die dem Landesjugendring – einer wichtigen Säule der Kinder- und Jugendhilfe – die Förderung versagen wolle.

Jacqueline Bernhardt (DIE LINKE) sah die Novelle des SGB VIII als überfällig an, bekräftigte aber auch, dass diese sich nicht von heute auf morgen umsetzen lasse. „Es bedarf Fachkräften. Es bedarf sachlicher Kosten.“ Mit dem Bund seien zudem noch finanzielle Aspekte zu klären. „Hier vorweg zu fordern, dass das Land einspringen und vorweg schon alles gewährleisten soll, ist einfach unredlich.“ Ebenso wie der Versuch, sich mit dem Antrag als Anwalt von Kindern und Jugendlichen darzustellen. In der Debatte zum Wahlalter 16 habe die AfD ihnen explizit abgesprochen, sich eine Meinung bilden zu können und beteiligt zu werden. Hinzu komme: Im Sozialausschuss habe die AfD beim Thema Kinderschutz erst kürzlich gegen Ombudsstellen gestimmt. Für DIE LINKE ein weiterer Beleg dafür, dass die AfD es mit dem Antrag nicht ernst meine, sondern nur „einen dünnen Versuch“ unternehme, „irgendwie noch die Interessen von Kindern und Jugendlichen wahrnehmen zu wollen“.

„Das Gesetz hat mehrere wichtige Punkte“, führte **Philipp da Cunha** (SPD) aus: Es gehe um die Stärkung von Kindern und Jugendlichen, die in Pflegefamilien oder Einrichtungen der Erziehungshilfen aufwachsen, um Prävention und um Beteiligung. „Der vorliegende Antrag hat das Ziel, Punkte vorzuziehen.“ Und das, obwohl in Bezug auf die Umsetzung noch zahlreiche Fragen offen seien. Insbesondere im Hinblick auf die Verteilung der Mehrkosten. Er dankte, ebenso wie die Ministerin, allen Beteiligten der Kinder- und Jugendhilfe, „die in den vergangenen Monaten eine schwierige Arbeit hatten“. Kinder- und Jugendhilfe bedeute, nah bei den Menschen zu sein, Verbindungen auch in kontaktschwierigen Zeiten nicht abreißen zu lassen und Vertrauen aufzubauen. Hier seien viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sehr kreativ gewesen. „Deswegen begrüßen wir den Gesetzesentwurf auf Bundesebene, auch in der Reform des SGB VIII und freuen uns, wenn wir das hier in MV umsetzen können.“

„Was nutzen gute Ziele, wenn deren Umsetzung auf die lange Bank geschoben werden soll?“, fragte **Jens-Holger Schneider** (AfD). „Die Probleme sind akut.“ Kinder und Jugendliche sollten deshalb schnell von den positiven Aspekten des Gesetzes profitieren können. Der Landesjugendring habe in seinem Hauptausschuss beschlossen, mit der AfD überhaupt nicht reden zu wollen. „Dann sehen wir auch nicht ein, diesen Jugendlichen auch noch Steuergelder zukommen zu lassen“, begründete er die Haltung seiner Fraktion im Hinblick auf die finanzielle Ausstattung des Landesjugendrings. Das Wahlalter auf 16 zu senken, würde dazu führen, dass aktives und passives Wahlrecht auseinandergehen. Das ergebe wenig Sinn. Anstatt Pirouetten zu drehen, um den Antrag abzulehnen, sollten sich die anderen Fraktionen seiner Meinung nach „endlich mal überwinden, was Positives auf den Weg zu bringen“.

Die CDU beteiligte sich nicht mit einem Wortbeitrag an der Debatte. Die AfD und der fraktionslose Abgeordnete Holger Arppe stimmten dem Antrag zu. SPD, CDU und DIE LINKE stimmten dagegen, die fraktionslose Abgeordnete Christel Weißig enthielt sich.

Antrag AfD
Drucksache 7/6163

Stichwort: Kinder- und Jugendstärkungsgesetz

Das Gesetz zur Stärkung von Kindern und Jugendlichen (KJSG) ist ein Gesetz des Bundes. Sein Ziel ist es, insbesondere diejenigen Kinder und Jugendlichen zu stärken, die einen besonderen Unterstützungsbedarf haben. Dazu sieht es unter anderem Folgendes vor:

- Aufsichtsbehörden erhalten mehr Kontrollmöglichkeiten in Heimen.
- Ärzte, die dem Jugendamt einen Kindeswohlverdacht melden, bekommen eine Rückmeldung, wie es mit der Familie weitergeht.
- Junge Menschen in Einrichtungen der Erziehungshilfe dürfen mehr Einkommen für sich behalten: Der Kostenbeitrag an das Jugendamt sinkt von 75 auf maximal 25 Prozent.
- Kinder und Jugendliche haben auch ohne das Wissen von Eltern bzw. Erziehungsberechtigten Anspruch auf Beratung der Kinder- und Jugendhilfe.

- Bei Konflikten mit Trägern oder Behörden können sich Leistungsempfänger an unabhängige Ombudsstellen wenden.
- Von 2028 an soll die Kinder- und Jugendhilfe für alle Kinder und Jugendlichen mit und ohne Behinderungen zuständig sein. Bis dahin gibt es Zwischenschritte, zum Beispiel verbindlichere Beratungen über Zuständigkeiten hinweg und mehr Inklusion in Kitas. Bis 2024 sollen Jugendämter Verfahrenslotsen einführen, die jungen Menschen oder ihren Erziehungsberechtigten helfen, Leistungen in Anspruch zu nehmen und sie im Antragsverfahren begleiten. Die Länder können diesen Schritt auch vorziehen.

Das Gesetz wurde im April im Bundestag und im Mai im Bundesrat verabschiedet und am 9. Juni 2021 verkündet.

(Quelle: Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend)



Foto: Jens Büttner

Ackerflächen können als Standort für Photovoltaik-Anlagen genutzt werden.

Sonnenstrom vom Acker

Land lässt neue Standorte für Photovoltaik-Anlagen zu

■ **MV lockert die Vorgaben für die Errichtung von Solaranlagen. Profitieren sollen davon wenig ertragreiche Ackerflächen. Bisher dürfen Photovoltaik-Anlagen nur entlang einer 110 Meter breiten Fläche an Autobahnen und Bahntrassen errichtet werden. So ist es im Landesraumentwicklungsprogramm (LEP) verankert. Derart starre Maßgaben entsprechen aus Sicht der Koalitionsfraktionen aber nicht den aktuellen Entwicklungen in puncto Energiewende. Auf Initiative der SPD brachten sie deshalb einen Antrag ein, unter bestimmten Voraussetzungen von den Regelungen abzuweichen. Ausschlaggebend ist zum Beispiel, dass Gemeinden dem Vorhaben positiv gegenüber stehen, die Betreiber der Solarparks ihren Sitz in MV haben und die einzelnen Anlagen nicht größer als 150 Hektar sind. DIE LINKE stimmte den Plänen zu, die AfD lehnte sie ab.**

„Es gibt einen erheblichen Bedarf für den Bau von Photovoltaik-Freiflächenanlagen auf Ackerflächen“, argumentierte **Philipp**

da Cunha (SPD). „Entsprechende Anlagen sind eigenwirtschaftlich und ohne EEG-Förderung mittlerweile tragfähig.“ Dieser Bedarf müsse bei der Fortschreibung des Landesraumentwicklungsprogramms berücksichtigt werden. „Bis dahin können wir aber nicht untätig bleiben.“ Deshalb der Antrag. „Wir wollen, dass solche Genehmigungen vorerst beschränkt bleiben auf unter 0,4 Prozent der landwirtschaftlichen Fläche.“ Landwirte könnten durch die Pacht feste Einnahmen generieren. „Photovoltaik stärkt damit auch die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Landwirtschaft.“ Auch im Hinblick auf die Energiewende sei der Antrag relevant: „Auf einem Hektar Photovoltaik-Freifläche können wir knapp eine Gigawattstunde grünen Strom pro Jahr erzeugen.“ Werde daraus Wasserstoff oder Bio-Methan hergestellt, „sind wir auf dem Weg zum klimaneutralen MV ein sehr gutes und großes Stück vorgekommen“.

Landwirtschaftsminister **Dr. Till Backhaus** (SPD) verkündete, dass sein Haus in Absprache mit dem Energieministerium insgesamt bis zu 5000 Hektar für Photovoltaik-Anlagen auf landwirtschaftlichen Nutzflächen freigebe. Entsprechende Anträge könnten ab sofort gestellt werden. Bei vollständiger Nutzung entspreche das einer energetischen Leistung von 5000 Megawatt. Damit könnten neun bis zehn Kohlekraftwerke von einer Größe des Rost-

cker Kraftwerks ersetzt werden. „Wenn wir einen Umsatz pro Hektar von 50.000 Euro machen, dann schieben wir heute ein Programm an von 250 Millionen Euro pro Jahr in Form von erneuerbaren Energien. Ich finde, das ist großartig.“ Er betonte, dass die Abweichungen von den bestehenden Maßgaben an verschiedene Bedingungen geknüpft seien. „Ich glaube, unterm Strich haben wir ein sehr transparentes System geschaffen.“ Dabei gelte der Grundsatz: „Teilhabe ist besser als Gewinnmaximierung.“ Mit den Anpassungen setze das Land nicht zuletzt auch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts um, der nachfolgenden Generation eine intakte Natur und Umwelt zu hinterlassen.

Die AfD kritisierte die Änderungen. „Der Antrag zielt wieder einmal darauf ab, den Ausbau regenerativer Energien in MV zu fördern“, führte **Bert Obereiner** an. „Diesmal ist es nicht die Windkraft; es ist die Photovoltaik.“ Diese hätte an anderen Standorten aber viel bessere Rahmenbedingungen als in MV. „Warum will man das im relativ kalten Deutschland, nördlich der Alpen probieren, wo die Sonne nun mal deutlich weniger scheint als in Kalifornien oder in Sizilien oder Tunesien?“ Standorte wie diese könnten viel größere Erträge erwirtschaften und damit auch günstiger Wasserstoff produzieren. „Sie versuchen, etwas aufzubauen, was im internationalen Wettbewerb langfristig

gar nicht wettbewerbsfähig sein kann.“ Dass die Solaranlagen ganze Kohlekraftwerke ersetzen könnten, nannte er eine schräge Rechnung. „Photovoltaik ist nicht grundlastfähig.“ Dazu müssten Langzeitspeicher und Übertragungsnetze vorhanden sein. Deren Aufbau würde viel Geld kosten und im Ergebnis zu noch höheren Strompreisen führen. Nicht zuletzt reduziere das Ansinnen des Antrags die landwirtschaftlichen Nutzflächen. „Ich halte von dieser ganzen Sache nichts.“

„Sicherlich scheint in Afrika mehr Sonne und sicherlich kann man dort wahrscheinlich kostengünstiger grünen Strom über Solar produzieren“, erwiderte **Holger Kliewe** (CDU). Wasserstoff dann mit dem Schiff nach Europa zu transportieren, wäre aber auch mit Kosten verbunden. Nach seinem Dafürhalten sollte der Strom in der Region produziert werden, in der er gebraucht werde. „Ich glaube, das ist das Modell.“ Deutschland habe sich zum Ziel gesetzt, bis 2045 klimaneutral zu werden. „Dieses Ziel ist nur erreichbar, wenn der Ausbau von erneuerbaren Energien noch weiter verstärkt wird.“ Windrädern fehle vielfach die Akzeptanz in der Bevölkerung. Solaranlagen könnten hier eine Alternative sein. Am besten wären hybride Anlagen, unter denen zum Beispiel noch Schafe weiden. „Es ist kein Geheimnis, dass die großen Projektentwickler den Flächeneigentümern und den Kommunen die Türen einlaufen.“ Und auch Landwirte hätten Interesse, am Wachstumsmarkt der erneuerbaren Energien teilzunehmen. Für seine Fraktion müsse aber sichergestellt sein, dass der Solarpark nach seiner Laufzeit so zurückgebaut werde, dass die Fläche wieder landwirtschaftlich genutzt werden könne.

Dr. Mignon Schwenke (DIE LINKE) warf der Landesregierung vor, das Thema Solarenergie jahrelang verschlafen zu haben. Mit einer Zuwachsrate von gerade einmal drei Prozent bilde MV das Schlusslicht in Deutschland. „Bundesweit betrug der Durchschnitt 16 Prozent.“ Das Anliegen des Antrags sei aus mehreren Gründen begrüßenswert: „Ein Aspekt ist, dass Photovoltaik in der Bevölkerung eher akzeptiert wird als Windkraft.“ Ein anderer der positive

Nutzen im Hinblick auf Biodiversität und Artenvielfalt. „Drittens war für uns immer ein Mix aus erneuerbaren Energien wichtig.“ Nicht zuletzt stehe das Landesraumentwicklungsprogramm im Widerspruch zum EEG: Seit dessen Novelle könnten Photovoltaik-Anlagen an Autobahnen, Bundesstraßen und Schienenwegen größere Flächen in Anspruch nehmen als im LEP vorgesehen. Das Programm anzupassen, sei ein längerer Prozess. Deshalb werde eine machbare Alternative gebraucht. Nichtsdestotrotz müssten Zielabweichungsverfahren die Ausnahme bleiben. Sie appellierte daran, das Solar-Potential von Dächern öffentlicher Gebäude besser auszuschöpfen: Von 416 möglichen Gebäuden würden bislang nur 27 dafür genutzt.

Mit 1000 Voll-Laststunden sei das Photovoltaik-Potential sicherlich nicht so hoch wie in südlichen Ländern. „Trotzdem haben wir hier Potential. Das müssen wir nutzen“, meinte **Philipp da Cunha** (SPD). Die Energiewende erfordere einen großen Mix aus erneuerbaren Energien. Wichtig sei dabei die Wertschöpfung vor Ort, zum Beispiel durch Beteiligungen oder Sondertarife für Strom. Letztlich bleibe es immer eine Abwägung zwischen landwirtschaft-

licher Nutzung und Energienutzung. Er pflichtete den Linken bei, dass auch Dachflächen stärker in den Fokus rücken müssen. „Da gibt es in Deutschland über 160.000 Terawattstunden, die noch als Potential zur Verfügung stehen.“ Das werde die Aufgabe der Zukunft sein.

Die Energiewende zerstöre „die Grundlagen unserer bisher erfolgreichen Wirtschaft“, kritisierte **Holger Arppe** (fraktionslos). „Der Antrag illustriert, dass Sie selber schon ahnen, dass Ihre Energiewende ein Schlag ins Wasser, ein Desaster ist. Sie versuchen jetzt durch die Flucht nach vorn, indem Sie in Ihrer ganzen Verzweigung immer neue Windräder, Solaranlagen und sonst was in die Landschaft knallen, irgendwie zu retten, was zu retten ist.“ Hoffnung mache ihm, dass die Zustimmung der Bevölkerung für Kernkraft immer weiter wachse.

Antrag SPD/CDU
Drucksache 7/6169

Stichwort: Die neuen Regelungen im Überblick

Bei den neuen Möglichkeiten für die landwirtschaftliche Energieproduktion handelt es sich um Zielabweichungsverfahren, also Ausnahmen von bestehenden Vorgaben. Diesen liegen verschiedene Bedingungen zugrunde. Zwingend zu erfüllen sind unter anderem folgende Kriterien:

- Die betreffende Gemeinde und der betreffende Landwirt müssen mit dem Vorhaben einverstanden sein.
- Der durchschnittliche Bodenwert darf nicht über 40 Bodenpunkten liegen.
- Bereits im Vorfeld muss sichergestellt werden, dass die Flächen nach Beendigung einer Photovoltaik-Nutzung wieder landwirtschaftlich genutzt werden können.

Für eine Genehmigung werden zusätzlich zu den obligatorischen Kriterien weitere Aspekte in die Entscheidung mit

einbezogen. Zum Beispiel diese:

- Sitzt die Betreiberfirma in der Gemeinde?
- Wie groß ist der Nutzen für die Gemeinde?
- Stärkt die Anlage die regionale Wertschöpfung?
- Sind Investitionen zugunsten des Allgemeinwohls geplant, z.B. in Kulturgüter, Mobilität oder die Beräumung von Altlasten?

Diese und weitere Aspekte werden nach einem Punktesystem bewertet. Für eine Genehmigung ist eine Mindestpunktzahl erforderlich. Insgesamt dürfen die Photovoltaik-Freiflächenanlagen, die über das Zielabweichungsverfahren genehmigt werden, nicht größer als 5000 Hektar sein.

(Quelle: Landwirtschaftsministerium MV)

Meldungen



Die in Deutschland geltende Friedhofspflicht schließt Bestattungen auf See und in ausgewiesenen Waldgebieten ein. Foto: Jens Büttner

Die Urne bleibt auf dem Friedhof

Die Asche von Verstorbenen muss auch weiterhin auf einem Friedhof beigesetzt werden. Der Landtag hat zwar mit den Stimmen von SPD, CDU und Teilen der Fraktion DIE LINKE ein neues Bestattungsgesetz beschlossen. Die Friedhofspflicht bleibt darin aber bestehen. Ausdrücklich erlaubt werden dagegen Erdbestattungen ohne Sarg. Hinterbliebene erhalten zudem ein Recht darauf, zu erfahren, wo der Leichnam eingäschert wird. Neu ist auch, dass im Rettungsdienst tätige Ärzte von der Pflicht zur Leichenschau befreit sind und dafür einen Arzt oder die Polizei verständigen. Zudem dürfen nur noch Grabsteine verwendet werden, die ohne Kinderarbeit hergestellt wurden. Und: Wer Leichen aufbewahrt oder befördert, muss dafür ein zertifiziertes Qualitätsmanagement nachweisen. Zwei Änderungsanträge aus der Fraktion DIE LINKE, die Asche von Verstorbenen auf dem eigenen Grundstück zu verstreuen oder für sechs Monate zu Hause aufzubewahren, fanden keine Mehrheit. Allerdings stimmten einzelne Abgeordnete von SPD und AfD ihnen zu. Die AfD forderte, die Qualität der Leichenschau zu erhöhen. SPD, CDU und DIE LINKE lehnten diesen Änderungsantrag ab. Ein Änderungsantrag der SPD und CDU stellte klar, dass ein Krematorium in Privatrechtsform auch als kommunal gelte, wenn die Gemeinde mit einer Mehrheit daran beteiligt sei. Ausgangspunkt für den Gesetzentwurf waren Beratungen einer vom Landtag eingesetzten Expertenkommission. Diese hatte sich gut ein Jahr lang mit der Bestat-

tungskultur in MV befasst und daraus Handlungsempfehlungen abgeleitet. Diese finden sich aber nur zum Teil im neuen Gesetz wieder. Bestattungsrecht ist in Deutschland Ländersache. *Gesetzentwurf CDU, SPD, DIE LINKE*

Drucksache 7/5844

Beschlussempfehlung

Wirtschaftsausschuss

Drucksache 7/6180

Änderungsantrag

Eva-Maria Kröger/DIE LINKE

Drucksache 7/6223

Änderungsantrag

Peter Ritter/DIE LINKE

Drucksache 7/6224

Änderungsantrag AfD

Drucksache 7/6235

Änderungsantrag CDU/SPD

Drucksache 7/6236

Neues Gesetz für mehr Carsharing

Wer nur gelegentlich ein Auto benötigt, für den könnte Carsharing eine Option sein. Das Prinzip dahinter: Mehrere Leute teilen sich ein Fahrzeug. Halter der Autos ist in der Regel ein Carsharing-Anbieter. Mit den Stimmen von SPD, CDU und DIE LINKE hat der Landtag nun ein Gesetz auf den Weg gebracht, das dieses Nutzungsmodell in MV noch attraktiver machen soll. Städte und Gemeinden, die an Carsharing interessiert sind, können damit rechtssicher öffentliche Flächen an Landes-, Kreis- und Gemeindestraßen als Stellplätze für Carsharing-Fahrzeuge ausweisen. Im Fokus stehen dabei stationsbasierte Angebote – also Angebote, bei denen die Fahrzeuge an einer bestimmten Station abgeholt und wieder zurückgebracht werden. Das Gesetz regelt sowohl die Voraussetzungen für diese Parkflächen als auch das Verfahren, nach dem Carsharing-Anbieter diese Sondernutzungserlaubnis erhalten. Den Gemeinden werden dabei eigene Spielräume zur Gestaltung der Auswahl eingeräumt. Die Sondernutzungserlaubnis kann für bis zu acht Jahre erteilt werden. Das Gesetz ergänzt die bestehenden bundesrechtlichen Regelungen zum Carsharing, die nur für den Bereich von Bundesstraßen gelten. Nach drei Jahren muss die Landesregierung dem Landtag über die Erfahrungen mit dem neuen Gesetz berichten und gebe-

nenfalls Änderungsvorschläge unterbreiten. Mit dieser Regelung stimmten SPD und CDU einem Vorschlag der Linken zu. Die AfD stimmte gegen das Gesetz und den Änderungsantrag.

Gesetzentwurf Landesregierung

Drucksache 7/5724

Beschlussempfehlung Energieausschuss

Drucksache 7/6195

Änderungsantrag DIE LINKE

Drucksache 7/6222

Schulgesetz bleibt, wie es ist

MV kehrt nicht zu seiner früheren Struktur von Förderschulen zurück. Entsprechende Bestrebungen der AfD-Fraktion haben SPD, CDU und DIE LINKE abgelehnt. Die Oppositionsfraktion wollte das Schulgesetz noch in weiteren Punkten ändern. Dazu gehörte auch, Kinder ohne hinreichende Deutschkenntnisse erst nach einem erfolgreichen Vorkurs in den Regelunterricht aufzunehmen, Gender Mainstreaming aus dem Schulgesetz zu streichen und Fahrtkosten auch beim Besuch einer örtlich nicht zuständigen Schule zu ersetzen. Ein weiterer Punkt im Gesetzentwurf: Soll ein Kind nach der 6. Klasse entgegen der Schullaufbahneempfehlung aufs Gymnasium gehen, muss es einen Eignungstest machen. Das Bildungssystem befinde sich in einer ernsthaften Krise, so die AfD. Sie bezeichnete Inklusion als „unnütziges Experiment“, das sich zu einer Belastung für Lehrer und Schüler entwickle und die Attraktivität des Lehrerberufs herabsenke. Kinder mit nicht deutscher Herkunftssprache zunächst einen Vorkurs absolvieren zu lassen, habe nichts mit Ausländerfeindlichkeit zu tun, sondern fördere die Kinder effektiver als bisher. In der knapp 15-minütigen Debatte trat abgesehen von der AfD nur noch die SPD ans Rednerpult. Ihr Redner sagte kurz und knapp: „Es hat sich seit der ersten Lesung nichts geändert an Ihrem Antrag. Und demzufolge werden wir diesem Antrag auch nicht zustimmen.“

Gesetzentwurf AfD

Drucksache 7/5862

Kein neues Finanzmodell für Produktionsschulen

Wie sollten Produktionsschulen künftig finanziert werden? Wenn es nach der Fraktion DIE LINKE geht, so: 75 Prozent der Kosten, maximal 700.000 Euro, übernimmt das Land. Die restlichen 25 Prozent werden von der Kommune und dem Träger aufgebracht. Dieses Modell legte die Oppositionsfraktion dem Landtag als Gesetzentwurf vor. „Seit 20 Jahren sehen sich die Träger, ihre Beschäftigten und die Jugendlichen aufgrund der Projektförderung mit vielen Unwägbarkeiten und Ungewissheiten konfrontiert. Die Finanzierung über ESF-Mittel des Landes, Zuschüsse der Landkreise, Platzeinkäufe der Jobcenter, Erlöse aus dem Verkauf der hergestellten Produkte sowie Eigenmittel der Träger steht immer wieder auf wackligen Füßen“, argumentierte DIE LINKE. „Mit unserem Gesetzentwurf wollen wir dieses Problem endlich dauerhaft lösen.“ Die SPD unterstrich, dass die Produktionsschulen bis 2021 erst einmal über die ESF-Mittel gesichert seien. Was danach komme, müsse der neue Landtag entscheiden. „Ich wünsche uns dann in den nächsten fünf Jahren viel Erfolg bei der Umsetzung der stabilen Finanzierung der Produktionsschulen.“ Die AfD vertrat die Ansicht, dass nicht das Geld an sich ein Problem sei, sondern „das Zusammenklauben“. Diese Aufgabe sollte nicht bei den Produktionsschulen liegen. „Wir würden sehr helfen, wenn wir das abstellen würden.“ Das Ansinnen des Antrags könne man durchaus gut finden, meinte die CDU. Man müsse aber auch anerkennen, dass nur zwei Drittel der Landesausgaben durch Landeseinnahmen gedeckt würden. Der Rest speise sich aus anderen Quellen, zum Beispiel ESF-Mittel. Das sei vielleicht nicht die optimalste Lösung. „Aber immerhin können wir die Produktionsschulen weiter finanzieren. Damit müssen wir uns im Moment zufrieden geben.“ Auch die Christdemokraten gingen davon aus, dass sich der Landtag in der nächsten Legislatur noch einmal mit dem Thema beschäftigen werde. Am Ende der viertelstündigen Debatte stimmten abgesehen von den Linken alle anderen Abgeordneten gegen den Gesetzentwurf. Produktionsschulen sind Einrichtungen der Jugendhilfe, die Jugendlichen und jungen Erwachsenen 14- bis 25-Jährigen

unter anderem helfen, sich sozial und beruflich zu integrieren. Sie wenden sich unter anderem an Schulabbrecherinnen/Schulabbrecher, Schulverweigerinnen/Schulverweigerer, junge Menschen ohne Ausbildungsplatz, an Ausbildungsabbrecherinnen/Ausbildungsabbrecher sowie an junge Leute mit sozialpädagogischem Hilfebedarf.

Gesetzentwurf DIE LINKE
Drucksache 7/5877



Schilder wie dieses heißen Reisende an den Landesgrenzen Mecklenburg-Vorpommerns willkommen.
Foto: Jens Büttner

Mit Wirtschaft werben

„Willkommen im Land zum Leben“. An dieser Begrüßung sind Autofahrer lange vorbeifahren, wenn sie auf der Autobahn Mecklenburg-Vorpommern erreichen. „Land zum Leben“ – das ist eine Leitidee des Landesmarketings, die zum Ausdruck bringen soll: Mecklenburg-Vorpommern ist mehr als eine Urlaubsregion. Das Ziel dahinter: Menschen für ein Leben in MV zu interessieren und zu begeistern. In seiner letzten Sitzungswoche hat der Landtag die Landesregierung einstimmig aufgefordert, die Ausgestaltung dieser Leitidee konsequent weiterzuführen, vor allem im Hinblick auf wirtschaftliche Erfolge. Damit Fach- und Führungskräfte, Rückkehrer, Familien, Gründer und Kreative die Stärken und Potentiale Mecklenburg-Vorpommerns noch besser wahrnehmen. Die Koalitionsfraktionen hatten den Antrag Anfang 2018 auf Initiative der CDU in den Landtag eingebracht und zur weiteren Beratung in den Wirtschaftsausschuss überwiesen. Dieser hat zwischen 2018 und 2021 siebenmal dazu getagt; in sechs Beratungen gemeinsam mit der Staatskanzlei. Evaluierungen hätten gezeigt, dass MV immer noch vordergründig mit Urlaub, Natur, Erholung, Landwirtschaft und Ernährung in Verbindung gebracht werde – und zu wenig mit einem Standort für Wirtschaft, Industrie, Bildung, Wis-

senschaft und Innovation, schilderte der Ausschussvorsitzende. Gerade mit Blick auf den Fachkräftebedarf sei es wichtig, dass MV als Ort zum Leben und Arbeiten wahrgenommen werde, schloss sich DIE LINKE an. Dazu gehörten aber nicht nur schöne Bilder, sondern auch gute Arbeitsbedingungen und Löhne. Die anderen Fraktionen ergriffen in der Debatte nicht das Wort.

Antrag CDU/SPD
Drucksache 7/1593
Beschlussempfehlung
Wirtschaftsausschuss
Drucksache 7/6201



2014 hat die Kultusministerkonferenz (KMK) das „Residenzenensemble Schwerin – Kulturlandschaft des romantischen Historismus“ in die Vorschlagsliste aufgenommen.
Foto: Jens Büttner

Welterbe-Bewerbung: AfD fordert mehr Geld vom Land

Schwerin möchte Weltkulturerbe werden. Dafür müsste das Land nach Ansicht der AfD aber mehr tun als bisher, insbesondere finanziell. Sie forderte zudem eine Studie, die den touristischen und wirtschaftlichen Nutzen sowie Aufwand erforscht. Ihr dritter Antragspunkt nahm eine Aufnahme Schwerins in die Bäderverkaufsordnung in den Blick. Seit 2010 habe das Land gerade einmal rund 386.500 Euro in Hand genommen, um die Stadt Schwerin, den Welterbe-Förderverein und Welterbeverein und den Verein Pro Schwerin zu fördern, so die AfD. „Ein ziemlicher Kleckerbetrag.“ Wie wolle Schwerin auf die Touristenströme reagieren? Wie zeige man der Unesco, dass die Bevölkerung hinter der Bewerbung stehe? Zu all dem gebe es keinen Plan. Hier sei organisatorische und finanzielle Hilfe vom Land gefragt. „Nichts wäre peinlicher, als wenn wir auf den letzten Metern scheitern.“ Die Bildungsministerin warf der AfD vor, die Bewerbung und den Prozess unbegründeter-

weise schlecht zu reden und damit dem Welterbe-Ansinnen zu schaden. „Die Landesregierung steht hinter der Schweriner Bewerbung und unterstützt diese tatkräftig.“ DIE LINKE unterstrich, dass die AfD in der Schweriner Stadtvertretung bislang null Anträge zum Welterbe gestellt und das Thema nun aus wahltaktischem Kalkül im Landtag platziert habe. An welche Summe die AfD dachte, sage sie nicht. Wie die Stadt Schwerin zur Bäderverkaufsordnung stehe, hätte die AfD mit einem Anruf in der Stadtverwaltung klären können. Dafür sei kein Antrag im Landtag erforderlich. Auch in den Augen der CDU suggeriere die AfD zu Unrecht, dass bei der Welterbe-Bewerbung etwas im Argen liege. Gespräche mit allen Beteiligten zeigten, dass sie mit der Unterstützung des Landes sehr zufrieden seien. „Es gibt niemanden, der sagt, das Land tut zu wenig.“ Der Antrag sei polemisch und billig und werde dem Thema in keiner Weise gerecht.

Hintergrund: Wismar und Stralsund sind es schon, Schwerin möchte es gern werden: Weltkulturerbe. Nach aktuellem Stand muss der Welterbe-Antrag im Februar 2023 beim Welterbekomitee eingereicht werden. SPD, CDU, DIE LINKE und die fraktionslose Abgeordnete Christel Weißig stimmten gegen den Antrag. Holger Arppe (fraktionslos) votierte zusammen mit den Antragstellern dafür.

Antrag AfD

Drucksache 7/6160

Zum Abschluss 1511 Petitionsverfahren

■ Der Petitionsausschuss hat dem Landtag seinen letzten Bericht für diese Legislaturperiode vorgelegt. Er umfasst die Monate März, April und Mai – und schließt damit 210 Petitionen ab. Darunter sind auch zwei Massenpetitionen mit 1.301 Einzelzuschriften, so dass insgesamt 1.511 Petitionsverfahren zusammenkamen. Dabei ging es zum Beispiel um Baugenehmigungen, Windkraft, Ortsumgehungen, Justizvollzug, Schülerbeförderung, Digitalisierung und Corona. Die 1301 Einzelzuschriften wendeten sich gegen die Errichtung von Windkraftanlagen in der Friedländer „Großen Wiese“. Aufgabe des Petitions-

ausschusses ist es, sich mit Eingaben, Bitten und Beschwerden von Bürgerinnen und Bürgern zu befassen, die sich durch eine Landesbehörde ungerecht behandelt fühlen. Der Ausschuss setzt sich aus Abgeordneten aller Fraktionen des Landtages zusammen. Sich mit einem Anliegen an den Ausschuss zu wenden, steht jedem frei. Die Petition muss schriftlich, unterschrieben und mit Absender eingereicht werden. Alternativ geht dies auch online unter www.petition.landtag-mv.de/petition/elektronisch-uebermittelte-petition. In dieser Legislaturperiode hat der Ausschuss insgesamt 3.958 Petitionen behandelt und im Landtag abgeschlossen. Der Bericht wurde über einen Änderungsantrag um die Petitionen vom Mai ergänzt. Die Abgeordneten stimmten dem Bericht, der damit verbundenen Beschlussempfehlung und dem Änderungsantrag einstimmig zu.

*Beschlussempfehlung Petitionsausschuss
Drucksache 7/6202*

*Änderungsantrag der Abgeordneten
Manfred Dachner*

und Thomas Würdisch/SPD,

Christiane Berg/CDU,

Jens-Holger Schneider/AfD,

Eva-Maria Kröger/DIE LINKE

Drucksache 7/6233

PUA legt Zwischenbericht vor

■ Unvollständige Unterlagen. Bis zur Unkenntlichkeit geschwärzte Akten. Mangelnde Kooperationsbereitschaft. Die Abgeordneten des Landtags haben große Kritik an der Auskunftsbereitschaft des Innenministeriums und des Verfassungsschutzes von MV geübt. Anlass dafür war die Debatte zum Zwischenbericht, den der Parlamentarische Untersuchungsausschuss zu den NSU-Aktivitäten im Land vorgelegt hat. Einige der bestellten Akten seien immer noch nicht eingetroffen, kritisierte die Ausschussvorsitzende. Infolgedessen sei es dem Ausschuss nicht gelungen, seinen Untersuchungsgegenstand umfassend abzuarbeiten und nun einen Abschlussbericht vorzulegen. „Mit Unverständnis müssen wir feststellen, dass das Vertrauen in den Verfassungsschutz des Landes während unserer Arbeit mehrfach und erheblich erschüttert

wurde“, machte die SPD deutlich. Der knapp 900 Seiten umfassende Zwischenbericht führe akribisch alle gewonnenen Feststellungen auf. Für die Sozialdemokraten stand fest: Die Aufarbeitung müsse weitergehen, ein Abbruch komme nicht in Betracht. Auch für die AfD sind noch viele Punkte offen geblieben. Sie sprach dem neuen Landtag aber keine Empfehlung aus, in der neuen Wahlperiode einen weiteren Parlamentarischen Untersuchungsausschuss einzuberufen. Erstens, seien keine neuen Erkenntnisse zu erwarten. Zweitens, müsse der neue Landtag das ohnehin selbst entscheiden. „Der Verfassungsschutz hat – im Wissen und Wohlwollen der Landesregierung – die Arbeit des Ausschusses massiv behindert“, resümierte DIE LINKE. Die bisherigen Erkenntnisse zeigten aber, dass es relevante Verbindungen des NSU-Netzwerks nach MV gegeben habe und der NSU-Komplex keineswegs umfassend aufgeklärt worden sei. Der Zwischenbericht dürfe kein Schlusstrich sein. „Ein neuer Untersuchungsausschuss im kommenden Landtag ist zwingend notwendig.“ Das Resümee der CDU: „Nach Sichtung der bisherigen Akten und nach Befragung der Zeugen ist zu erkennen, dass es kein staatliches Versagen der Behörden beim Thema NSU gab.“ Im Nachhinein sei es immer einfach, zu sagen, dies oder jenes hätte anders gemacht werden müssen. Seit der Selbstenttarnung des NSU habe sich die Arbeitsweise von Polizei und Sicherheitsbehörden verändert und verbessert. Aus Sicht der Christdemokraten gebe es keine Begründung, die Arbeit des Ausschusses in dieser Form fortzusetzen. Der Innenminister begründete die zahlreichen Schwärzungen in den Akten mit der Schutzbedürftigkeit von Beschäftigten, Quellen und Methoden des Nachrichtendienstes. Der Parlamentarische Untersuchungsausschuss (PUA) zur Aufklärung der Aktivitäten des Nationalsozialistischen Untergrundes (NSU) in Mecklenburg-Vorpommern wurde im Frühjahr 2018 im Landtag beschlossen.

Beschlussempfehlung PUA

Drucksache Drucksache 7/6211

Änderungsantrag DIE LINKE

Drucksache 7/6225

Laufende Gesetzgebung

Stand: 14. 06. 2021

Drs.-Nr.	Initiator	Gesetz	Federführender Ausschuss	Beratungsverlauf
7/2248	BMV	Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung Kommunalabgabengesetzes für das Land Mecklenburg-Vorpommern (Kommunalabgabengesetz - 2. KAGÄndG M-V)	Innen- und Europausschuss	1. Lesung: 27.06.2018 in Beratung
7/2573	SPD, CDU	Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Änderung des Landesverfassungsgerichtsgesetzes	Rechtsausschuss	1. Lesung: 12.09.2018 in Beratung
7/2574	SPD, CDU	Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Volksabstimmungsgesetzes	Rechtsausschuss	1. Lesung: 12.09.2018 in Beratung
7/2575	SPD, CDU	Entwurf eines xx-ten Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern	Rechtsausschuss	1. Lesung: 12.09.2018 in Beratung

Abgeschlossene Gesetzgebung

im Plenum am 9. und 11. Juni 2021 entschieden, Stand: 14.06.2021

Drs.-Nr.	Gesetz	Initiator	Abstimmung im Plenum	Beschluss
7/5724	Entwurf eines Gesetzes zur Förderung des Carsharing in Mecklenburg-Vorpommern (Carsharingförderungsgesetz - CsgG M-V)	LReg.	1. Lesung: 27.01.2021 2. Lesung: 09.06.2021	Annahme
7/5844	Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Bestattungsgesetzes	CDU, SPD, DIE LINKE	1. Lesung: 10.03.2021 2. Lesung: 09.06.2021	Annahme
7/5860	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Verfassung und des Landesverfassungsgerichtsgesetzes des Landes Mecklenburg-Vorpommern	AfD	1. Lesung: 10.03.2021 2. Lesung: 09.06.2021	Ablehnung
7/5861	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Gleichstellung von Frauen und Männern im öffentlichen Dienst des Landes Mecklenburg-Vorpommern (Gleichstellungsgesetz - GIG M-V)	AfD	1. Lesung: 10.03.2021 2. Lesung: 09.06.2021	Ablehnung
7/5862	Entwurf eines Siebenten Gesetzes zur Änderung des Schulgesetzes für das Land Mecklenburg-Vorpommern (Schulgesetz - SchulG M-V)	AfD	1. Lesung: 10.03.2021 2. Lesung: 09.06.2021	Ablehnung
7/5864	Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Änderung der Landesbauordnung Mecklenburg-Vorpommern (4. ÄndG LBauO M-V)	LReg.	1. Lesung: 10.03.2021 2. Lesung: 09.06.2021	Ablehnung
7/5866	Entwurf eines Gesetzes zur Reform des Krebsregistrierungsgesetzes	LReg.	1. Lesung: 10.03.2021 2. Lesung: 09.06.2021	Annahme
7/5874	Entwurf eines xx-ten Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern	DIE LINKE	1. Lesung: 10.03.2021	zurückgezogen
7/5877	Entwurf eines Gesetzes über die Förderung der Produktionsschulen in Mecklenburg-Vorpommern (Produktionsschulgesetz M-V - ProdschulG M-V)	DIE LINKE	1. Lesung: 10.03.2021 2. Lesung: 09.06.2021	Ablehnung

Drs.-Nr.	Gesetz	Initiator	Abstimmung im Plenum	Beschluss
7/5935	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesministergesetzes und des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse Parlamentarischer Staatssekretäre	LReg.	1. Lesung: 14.04.2021 2. Lesung: 09.06.2021	Annahme
7/5936	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Infektionsschutzausführungsgesetzes und anderer gesundheitlicher Vorschriften	LReg.	1. Lesung: 14.04.2021 2. Lesung: 09.06.2021	Annahme
7/5943	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Ladenöffnungszeiten für das Land Mecklenburg-Vorpommern (Ladenöffnungsgesetz - LöffG M-V)	AfD	1. Lesung: 14.04.2021 2. Lesung: 09.06.2021	Ablehnung
7/5972	Entwurf eines Gesetzes zur Neufassung des Glücksspielstaatsvertragsausführungsgesetzes und zur Änderung des Feiertagsgesetzes Mecklenburg-Vorpommern	LReg.	1. Lesung: 14.04.2021 2. Lesung: 09.06.2021	Annahme
7/6041	Entwurf eines Sechsten Gesetzes zur Änderung des Landeshochschulgesetzes	SPD, CDU	1. Lesung: 05.05.2021 2. Lesung: 09.06.2021	Annahme
7/6042	Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Bürger- und Gemeindenbeteiligungsgesetzes (1. ÄndG BüGembeteilG M-V)	SPD, CDU	1. Lesung: 05.05.2021 2. Lesung: 09.06.2021	Annahme
7/6044	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Finanzierung und zur Transparenz in der Freien Wohlfahrtspflege in Mecklenburg-Vorpommern (Wohlfahrtsfinanzierungs- und -transparenzgesetz - WoftG M-V)	AfD	1. Lesung: 05.05.2021 2. Lesung: 09.06.2021	Ablehnung
7/6048	Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Landesrundfunkgesetzes	LReg.	1. Lesung: 05.05.2021 2. Lesung: 09.06.2021	Annahme
7/6049	Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag über die Errichtung und den Betrieb des elektronischen Gesundheitsberuferegisters als gemeinsame Stelle der Länder zur Ausgabe elektronischer Heilberufs- und Berufsausweise sowie zur Herausgabe der Komponenten zur Authentifizierung von Leistungserbringerinstitutionen (eGBR-Staatsvertrag - eGBRStVtr)	LReg.	1. Lesung: 05.05.2021 2. Lesung: 09.06.2021	Annahme
7/6050	Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Errichtung der Stiftung „Leibniz-Institut für Nutztierbiologie“	LReg.	1. Lesung: 05.05.2021 2. Lesung: 09.06.2021	Annahme
7/6051	Entwurf eines Gesetzes zum Ersten Staatsvertrag zur Änderung des Staatsvertrages über die gemeinsame Berufsvertretung der Psychologischen Psychotherapeuten und der Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten	LReg.	1. Lesung: 05.05.2021 2. Lesung: 09.06.2021	Annahme
7/6052	Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Finanzierung und zur Transparenz in der Freien Wohlfahrtspflege in Mecklenburg-Vorpommern und zur Änderung des Insolvenzordnungsausführungsgesetzes	DIE LINKE	1. Lesung: 05.05.2021 2. Lesung: 09.06.2021	Ablehnung
7/6168	Entwurf eines Gesetzes zur Einführung von Tourismusorten und Tourismusregionen	CDU, SPD	1. Lesung: 09.06.2021 2. Lesung: 11.06.2021	Annahme

Lokale Klimaschutzinitiativen international sichtbar machen

Landtagsdelegation der Ostseeparlamentarierkonferenz im Gespräch mit der Stiftung Klima- und Umweltschutz MV

Fotos: Landtag MV



Landtagspräsidentin Birgit Hesse und Landtagsdirektor Armin Tebben

Am 11. Juni fand auf Einladung von Landtagspräsidentin Birgit Hesse und auf Initiative von Vizepräsidentin Beate Schlupp ein Gespräch zwischen der durch den Landtag eingesetzten Stiftung Klima- und Umweltschutz MV und der Delegation des Landtages bei der Ostseeparlamentarierkonferenz (Baltic Sea Parliamentary Conference, BSPC) statt. Dabei ging es um die Eruierung der Möglichkeiten zur Unterstützung von lokalen Projekten und Initiativen im Bereich der Beseitigung der in der Ostsee versenkten Munition und um eine Vorstellung der Stiftung im Rahmen der 30. Ostseeparlamentarierkonferenz.

Die Stiftung war durch Erwin Sellering (Vorstandsvorsitzender), Werner Kuhn (stellvertretender Vorstandsvorsitzender), Katja Enderlein (Vorstandsmitglied) sowie Christin Klinger (Geschäftsführerin) und Anke Rösler (Leiterin Kommunikation und Presse) vertreten. Vonseiten des Landtages nahmen Landtagspräsidentin Birgit Hesse, Vizepräsidentin Beate Schlupp, die Abgeordneten Philipp da Cunha, Jochen Schulte, Nikolaus Kramer, Karsten Kolbe und der Direktor des Landtages, Armin Tebben, am Gespräch teil.

Eingangs begrüßte Birgit Hesse die Teilnehmenden, während Beate Schlupp die steigende Bedeutung des Themas „Altmunition in der Ostsee“ mit Blick auf die Prioritäten der BSPC sowie des deutschen HELCOM-Vorsitzes 2020–2022 hervorhob. In den aktuellen durch multiple Spannungen gekennzeichneten Zeiten sei es wichtig, sich auf Lösungen von gemeinsamen Problemen statt auf Konflikte zu konzentrieren. Munitionsaltlasten in der Ostsee stellten eine Herausforderung für alle Anrainerstaaten dar und bedürften gemeinsamer Anstrengungen und Ansätze – darin seien sich die BSPC-Mitgliedsparlamente einig. Durch die Unterstützung von konkreten lokalen Projekten in diesem Bereich könne die Stiftung einen bedeutenden Beitrag zur Lösung des Problems, aber auch zur Erhöhung ihrer Sichtbarkeit leisten.

Daraufhin erläuterte der Stiftungsvorstandsvorsitzende und ehemalige Ministerpräsident von Mecklenburg-Vorpommern, Erwin Sellering, drei Schwerpunkte der Stiftungsarbeit. Zum einen wolle die Stiftung lokale klimafreundliche Projekte fördern und den Kommunen somit helfen, grüner und nachhaltiger zu werden. Umweltbildung in Kitas und Schulen sei



Stiftung Klima- und Umweltschutz MV: Christin Klinger (Geschäftsführerin), Erwin Sellering (Vorstandsvorsitzender), Werner Kuhn (stellvertretender Vorstandsvorsitzender)

ein weiteres besonders wichtiges Anliegen, denn das Klimabewusstsein brauche frühe Förderung. Zudem möchte die Stiftung Expertengespräche organisieren, um die Bedeutung und Notwendigkeit des Klimaschutzes in die Öffentlichkeit zu tragen und auf diesem Wege das Problembewusstsein in der Bevölkerung steigern. In diesem Zusammenhang schlug Katja Enderlein, Vorstandsmitglied der Klima- und Umweltstiftung MV, vor, eine öffentliche Diskussion unter Beteiligung von Wissenschaft und Politik über die Wichtigkeit der Beseitigung der in der Ostsee versenkten Munition sowie um die damit verbundenen Probleme und Herausforderungen zu starten und zu begleiten. Denkbar wäre auch die Einrichtung eines Forschungspreises für relevante lokale wissenschaftliche Projekte.

Das Mitglied der BSPC-Arbeitsgruppe „Klimawandel und Biodiversität“, Abgeordneter Philipp da Cunha, hob hervor, dass in deren Rahmen vor allem der internationale Austausch von lokalen und regionalen bewährten Praktiken, Erfahrungen und Kenntnissen von zentraler Bedeutung sei. Daher wäre die Vorstellung der Stiftung und ihrer Arbeitsschwerpunkte auf der BSPC-Jah-

reskonferenz von beidseitigem Vorteil, da sie einerseits eine lokale Perspektive präsentieren und andererseits ein Diskussionsfeld für die Suche nach weiteren gemeinsamen Problemen und deren konstruktiver Lösung öffnen würde. Der stellvertretende Vizevorsitzende, Werner Kuhn, merkte diesbezüglich an, dass eine Initiative an der Schnittstelle zwischen Munition und Biodiversität an

einem besonders betroffenen Ort sich ebenfalls als Beispiel anbieten könnte. Der Abgeordnete Nikolaus Kramer fügte hinzu, dass neben Munitionsaltlasten auch Wracks ein großes Problem sowohl für das Ökosystem als auch für die Infrastruktur darstellten, während der Abgeordnete Karsten Kolbe die Bedeutung der internationalen Kooperation für den Frieden im Ostseeraum betonte und be-

grüßte, dass Mecklenburg-Vorpommern durch kleinere, jedoch bedeutsame Ansätze dazu beitragen könne.

Die 30. Ostseeparlamentarierkonferenz wird am 30. August 2021 digital stattfinden. Erwin Selling wird dabei die Stiftung Klima- und Umweltschutz MV vorstellen und Fragen von BSPG-Mitgliedern beantworten.

Online-Konferenz

Zum Gesetz über digitale Dienste und Märkte in Wismar



Tilo Gundlack, MdL im InnovationPort Wismar



Justizministerin Katy Hoffmeister (l.) und Tilo Gundlack, MdL

Fotos: Landtag MV

■ Am 17. Juni richtete der Landtagsabgeordnete Tilo Gundlack, zugleich Mitglied im Europäischen Ausschuss der Regionen (AdR), gemeinsam mit dem Landesverband der Europa-Union eine digitale Veranstaltung mit dem Titel „Gesetz über digitale Dienste und Märkte – Digitale Maßnahmenpakete der EU ordnen das Netz?“ aus.

Dr. Prabhat Agarwal, Referatsleiter der Generaldirektion Kommunikationsnetze, Inhalte und Technologien der Europäischen Kommission stellte die beiden Gesetze über digitale Dienste (DSA) und Märkte (DMA) vor.

pekten und illegalen Inhalten, und beschrieb, wie die Durchsetzung im Netz funktionieren soll.

Es sei nicht Ambition der EU-Kommission, alles erschöpfend mit einem Rechtsakt abzudecken. Eine gesellschaftliche Neuordnung könne damit beispielsweise nicht erreicht werden. Auch wende sich die Arbeit der EU-Kommission nicht gegen Grundprinzipien des Internets, sondern es würden grundlegende Sicherheitsparameter eingeführt: Bestimmten negativen Tendenzen werde nunmehr entgegengewirkt, wie durch die Einrichtung von „Feuermeldern“, „Feuerlöschern“, „Notrufen“ und „Notausgängen“, für den Fall, dass innerhalb des Internets Gefahren drohen. Die Regularien helfen zudem den Nutzern dabei, bessere Entscheidungen zu fällen. Die gravierenden gesellschaftlichen Probleme, u.a. die Kinderpornographie, müssten daneben auch gesamtgesellschaftlich angegangen werden. Der Kommissionsmitarbeiter rief die Teilnehmer dazu auf, vor Ort, z.B. in Schulen, am Ausbau der Medienkompetenz zu arbeiten und die Menschen auch digital mündig zu machen.

Forschungs- und Innovationsförderung, ein gesellschaftlicher Dialog über Umgangsformen in der digitalen Gesellschaft, das Stoppen von Verschwörungstheorien, die Verringerung des Misstrauens in öffentliche Einrichtungen

seien aber Zielstellungen der Legislativvorhaben. Weltweit wachse die Sorge um fairen Wettbewerb; auch Länder wie die USA und Australien reagierten mit gesetzlichen Neuerungen für Abhilfemaßnahmen. Ein Kooperationsgremium aus Vertretern der USA und der EU thematisiere den DSA und DMA.

Die EU-Kommission erhalte durch die beiden Verordnungsvorschläge Durchsetzungsbefugnisse (im Extremfall die Auferlegung milliardenschwerer Strafzahlungen oder Zerschlagungsmaßnahmen), und ein Kooperationsmechanismus der EU-Mitgliedstaaten und der EU-Kommission werde geschaffen, so Agarwal. Auch würden Aufsichtsstrukturen eingeführt, falls der Koordinator im Niederlassungsland nicht schnell genug reagiere.

Im Gegensatz zur Datenschutzgrundverordnung seien die Regelungen des Gesetzes über digitale Dienste asymmetrisch – kleine Plattformen seien von den schärfsten Vorgaben ausgeklammert. Der Auflagenkatalog sei am kleinsten für die kleinen und mittelständischen Unternehmen und gelte auch nur für Vermittlungsdienste, d.h. solche, die Dritte mit End-Nutzer in Verbindung bringen. Websites, Web-Shops von Bäckern würden beispielsweise nicht von den Vorschlägen erfasst. Kleine Onlinevermittler wie lokale Recycling-Marktplätze müssten lediglich jährliche Transparenz-



Dr. Prabhat Agarwal, Referatsleiter der Generaldirektion Kommunikationsnetze, Inhalte und Technologien der Europäischen Kommission

Der in Hamburg aufgewachsene Hauptredner, Dr. Prabhat Agarwal, betonte, dass eine Reihe von Bereichen von den Verordnungsvorschlägen umfasst werden: Er benannte den Online-Handel, Hass im Netz, die Wettbewerbsfähigkeit der EU, Nachhaltigkeit, Kultur und Meinungsvielfalt neben strafrechtlichen As-

Foto: Landtag MV

berichte vorlegen, klare Nutzungsbedingungen ausweisen und ein verbindliches Beschwerdemanagement einrichten.

Justizministerin Katy Hoffmeister beleuchtete in ihrer Videobotschaft an die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Chancen, Herausforderungen und Gefahren im Internet. Sie setzte sich für strafverschärfende Maßnahmen bei Haus- und Landfriedensbruch ein und forderte, dass keine freien Rechtsräume entstehen dürften. Ferner müsse alles, was offline illegal ist, auch online verboten sein. Dazu habe sie jüngst eine Bun-

desratsinitiative mit Bayern gemeinsam gestartet, der sich die anderen Bundesländer angeschlossen hätten.

Auch für den Landtagsabgeordneten Tilo Gundlack, MdL war klar, dass sich regional in Mecklenburg-Vorpommern Ansatzpunkte für das politische Handeln aus dem DSA und DMA ableiten: „Der Landtag und der Bildungsausschuss führten in dieser Legislaturperiode eine breite Diskussion zur Medienkompetenz. Diese werde ich gern fortsetzen.“ Der Landtagsabgeordnete Tilo Gundlack, der aus dem digitalen Innovati-

onszentrum „InnovationPort“ in Wismar zugeschaltet war, ist seit Juli 2017 Mitglied im Europäischen Ausschuss der Regionen (AdR). Die 1994 nach Inkrafttreten des Vertrags von Maastricht geschaffene Institution ist die Versammlung der Regional- und Kommunalvertreter der EU.

Die 329 Mitglieder aus allen EU-Mitgliedstaaten haben den Auftrag, die regionalen und lokalen Gebietskörperschaften und die durch sie vertretene Bevölkerung in den Beschlussfassungsprozess der EU einzubinden und sie über die EU-Politik zu informieren.

NSU-Untersuchungsausschuss

Landtag stimmt in der letzten regulären Sitzung der Legislatur über Zwischenbericht des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses ab

■ Die meisten Abgeordneten des Landtages sind sich bei der Debatte zu Top 26, am Mittwoch, den 9. Juni, um 19:30 Uhr zumindest in einem Punkt einig: Hinter ihnen liegt eine arbeitsintensive Ausschussarbeit und dennoch bleiben viele Fragen offen. Drei Jahre lang untersuchte der Parlamentarische Untersuchungsausschuss des Landtages MV zur Aufklärung der NSU-Aktivitäten in MV die Bezüge des NSU-Trios zum Bundesland. Vorgelegt und abgestimmt wurde nun ein Zwischenbericht, der die umfangreiche Beschäftigung mit dem Thema belegt. Hauptgegenstand des Berichtes: Zahlreiche Beweisbeschlüsse wurden von den Ausschussmitgliedern verabschiedet, aber längst nicht alle konnten bis zum Schluss bearbeitet und als abgeschlossen betrachtet werden. Der Grund dafür liegt unter anderem in den vielen noch ausstehenden Aktenlieferungen seitens der Ministerien.

Der NSU-Untersuchungsausschuss war im April 2018 auf Betreiben der Fraktionen der SPD, der CDU, DIE LINKE und

der BMW mit einem umfangreichen Untersuchungsgegenstand eingesetzt worden. Ziel ist es gewesen, die Taten des NSU in MV und ein mögliches Unterstützernetzwerk zu beleuchten sowie die Arbeit der Sicherheitsbehörden zu überprüfen.

„Die Mitglieder des Untersuchungsausschusses haben sich in den vergangenen drei Jahren sehr intensiv mit dem Untersuchungsgegenstand beschäftigt. Dabei konnten und mussten wir uns noch einmal vergegenwärtigen, wie viel unfassbares Leid eine terroristische Gruppierung mit rechter, radikaler Gesinnung, die sich selbst als Nationalsozialistischer Untergrund bezeichnet hat, durch ihre grausamen Taten über viele Menschen und ihre Familien gebracht hat“, führte die Ausschussvorsitzende **Ann Christin von Allwörden** (CDU) aus. Der Parlamentarische Untersuchungsausschuss habe 67 Sitzungen durchgeführt, vier Sachverständige gehört, 69 Zeugen vernommen und sich mit 1.282 Aktenordnern, Gerichtsakten und sonstigen Unterlagen sowie 22 elektronischen Datenträgern mit insgesamt mehr als 344.600 Seiten befasst. Für die unvollständige Bearbeitung der Beweisbeschlüsse seitens der Ministerien seien unter anderem die späte Einsetzung des Untersuchungsausschusses, der sehr umfangreiche Untersuchungsauftrag sowie die Corona-Pandemie verantwortlich. Um noch so viele Beschlüsse wie möglich abzuarbeiten, habe der Ausschuss keinen Beschluss für das Beweiserhebungsende gefasst. Daher werde die Beweisaufnahme bis zum Ende der Legislaturperiode fortgeführt. Zum

Schluss führte die Vorsitzende aus, dass der Bruder des Getöteten den Wunsch nach umfassender Aufklärung äußerte. Hierzu erklärte sie, dass die Arbeit des Untersuchungsausschusses diesem Ansinnen nicht vollständig nachkommen konnte, ein weiterer Teil zur Aufarbeitung dieser unvorstellbar schrecklichen Taten jedoch von den Abgeordneten geleistet wurde.

Bei der Schlussabstimmung wurden die drei Punkte der Beschlussempfehlung einzeln abgestimmt und mehrheitlich angenommen. Damit wurde der Zwischenbericht zur Kenntnis genommen und gleichzeitig empfohlen, auf der Grundlage des Berichts sowie der noch offenen Punkte zu Beginn der 8. Wahlperiode das weitere Vorgehen einschließlich der Möglichkeit der Einsetzung eines weiteren Parlamentarischen Untersuchungsausschusses zu beraten. Wichtig war es den Abgeordneten auch, dass die langfristige Sicherung der dem Untersuchungsausschuss vorgelegten Unterlagen und seiner Arbeitsergebnisse gewährleistet ist, um so das Ziel der umfassenden Aufklärung der Aktivitäten der Terrorgruppe ‚Nationalsozialistischer Untergrund‘ (NSU) auch über das Ende der parlamentarischen Arbeit hinaus für eine breite Öffentlichkeit zu sichern.



Foto: Cornelius Kettler

Seit 2020 lädt die Kultur-Reihe „AufgeSCHLOSSen“ in den Innenhof des Schweriner Schlosses ein.

Juli 2021		Uhr
28.07.	#Heimatsuche	19:00
29.07.	five men on the rocks	20:00
30.07.	Antonio Vivaldi: „Die Vier Jahreszeiten“	20:00
31.07.	Pohlmann Live 2021 - Sommer Open Air	20:00
August 2021		Uhr
1.08.	Landespolizei Orchester MV	14:00
5.08.	KARUSSEL	20:00
6.08.	Sconehead - ffunplugged Projekt	20:00
7.08.	Bad Penny, Jackbeat & Max Zeug - Springsteen Tribute Show	20:00
8.08.	Achim Reichel	18:00
9.08.	Archäologie im Schlossinnenhof (freier Eintritt)	15:30
12.08.	Bundesjazzorchester	20:00
13.08.	Funny van Dannen	20:00
14.08.	Dota: „Wir rufen Dich, Galaktika!“	20:00
15.08.	Lotte: Trio	20:00
19.08.	Max Mutzke & Band	20:00
20.08.	Moritz Neumeier	20:00
22.08.	Okapi	20:00
27.08.	#eusersongfürmv	19:00
28.08.	Collegium musicum & Schlossverein	15:00
September 2021		Uhr
30.08.-05.09.	Filmkunstfest MV	20:30
09.09.	Nacht der Gitarren	20:00
10.09.	Les Bumms Boys	20:00
11.09.	Mighty Oaks	20:00
12.09.	Kack & Sachgeschichten - „Nerdification“	20:30
13.09.	Schwerin auf dem Weg zum Weltkulturerbe	18:00
16.09.	Spirit of the Blues	20:00
17.09.	Størtebeker	20:00
18.09.	Medlz	20:00
19.09.	Joy Denalane	20:00
22.09.	Landespolizei Orchester MV - Benefizkonzert	16:00
23.09.	ROSIE	20:00
24.09.	Enno Bunger	20:00

AufgeSCHLOSSen für Kultur

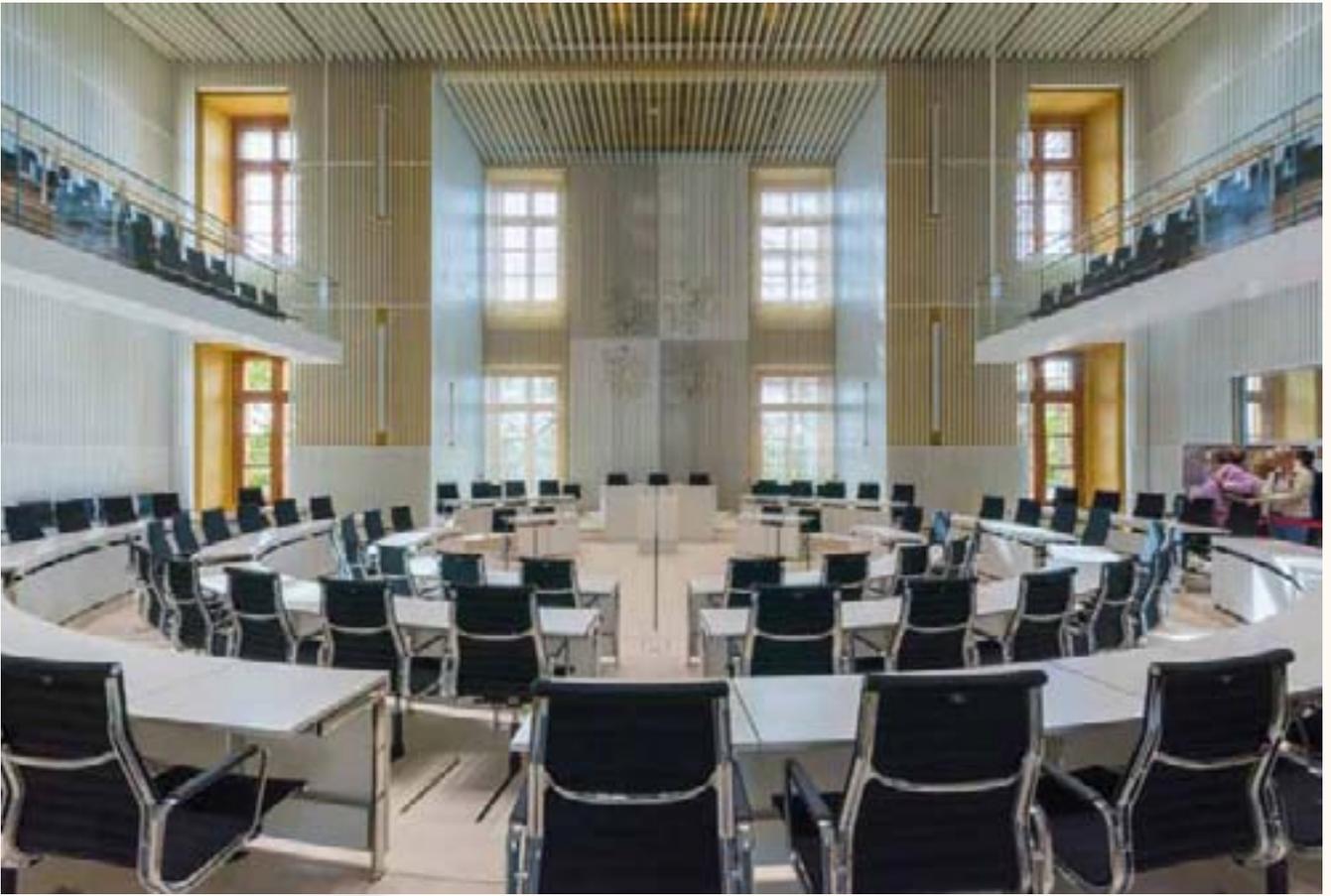
Zahlreiche Veranstaltungen im Innenhof des Schweriner Schlosses

Die im vergangenen Jahr begonnene Veranstaltungsreihe „AufgeSCHLOSSen. Eine Bühne in MV“ im Schweriner Schlossinnenhof startet unter der Schirmherrschaft von Landtagspräsidentin Birgit Hesse Mitte Juli mit einem bunten Programm an Veranstaltungen.

Tickets im Netz:
mvticket.de
eventim.de
filmkunstfest-mv.de
mecklenburgisches-staatstheater.de



Schirmherrschaft:
 Präsidentin des Landtages
 Mecklenburg-Vorpommern
 Birgit Hesse



Im Plenarsaal des Schweriner Schlosses wird der neu gewählte Landtag tagen.

wählen gehen

Landtagswahl am 26. 9. 2021

■ Am 26. September wird ein neuer Landtag gewählt. Die Wählerinnen und Wähler bestimmen, wer in den kommenden fünf Jahren für sie Politik im Schweriner Schloss macht.

Hier erklären wir wichtige Fakten zur Wahl.

Wahlgrundsätze

Wahlen sind in einer repräsentativen Demokratie ein wichtiges Instrument für die Bürgerinnen und Bürger, an der politischen Willensbildung teilzuhaben. Mit zwei Kreuzchen kann man Einfluss auf das politische Kräfteverhältnis im Landtag und in der Landesregierung nehmen und so über Politikinhalte mitbestimmen. Die Landtagsabgeordneten werden in einer allgemeinen, freien, gleichen, geheimen und unmittelbaren Abstimmung gewählt.

Allgemein bedeutet, dass grundsätzlich jeder Bürger wahlberechtigt und wählbar ist, der die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt. Dazu gehört bei der Landtagswahl, dass er das 18. Lebensjahr vollendet hat, die deutsche Staatsbürgerschaft besitzt und am Wahltag seit mindestens drei Monaten in MV seinen Hauptwohnsitz hat.

Frei bedeutet, dass niemand zum Wählen gezwungen werden kann. Es gibt keine Wahlpflicht. Außerdem darf auf die Wähler kein Druck ausgeübt werden, für eine bestimmte Partei zu stimmen. Gleich heißt, dass alle Wähler die gleiche

Anzahl Stimmen abgeben können und dass jede Stimme gleich viel wert ist.

Geheim bedeutet, dass sichergestellt werden muss, dass die Wähler ihre Stimme unbeobachtet abgeben können und auch hinterher niemand erfährt, für wen sie gestimmt haben.

Unmittelbar heißt, dass die Wähler die Kandidaten direkt wählen. Sie wählen also kein Zwischengremium, das dann die eigentliche Wahl vornimmt.

Aktives und passives Wahlrecht

Das Wahlrecht umfasst das Recht des Einzelnen zu wählen (aktives Wahlrecht) und das Recht, gewählt zu werden (passives Wahlrecht).

Wer darf wählen?

Wahlberechtigt sind alle Deutschen nach Artikel 116 Absatz 1 des Grundgesetzes, die am Wahltag das 18. Lebensjahr vollendet haben, nicht vom Wahlrecht ausgeschlossen sind und seit

mindestens 37 Tagen ihren ständigen Wohnsitz in Mecklenburg-Vorpommern haben. Vom Wahlrecht ausgeschlossen sind Personen, die infolge Richterspruchs das Wahlrecht nicht besitzen.

Wer darf gewählt werden?

Wählbar sind alle Wahlberechtigten, die am Wahltag das 18. Lebensjahr vollendet haben und seit mindestens drei Monaten ihren ständigen Wohnsitz in Mecklenburg-Vorpommern haben.

Nicht wählbar ist, wer aufgrund einer rechtskräftigen Verurteilung durch ein deutsches Gericht die Fähigkeit, öffentliche Ämter zu bekleiden und Rechte aus öffentlichen Wahlen zu erlangen, nicht besitzt.

Wie wird gewählt?

Das Landeswahlgesetz sieht eine so genannte personalisierte Verhältniswahl vor. Danach hat jede Wählerin und jeder Wähler zwei Stimmen.

Erststimme

Mecklenburg-Vorpommern ist in 36 Wahlkreise aufgeteilt. In jedem Wahlkreis stehen Direktkandidaten zur Wahl. Diese werden üblicherweise von den Parteien vorgeschlagen, es können sich aber auch Einzelbewerber zur Wahl stellen. Seine Erststimme gibt man in seinem Wahlkreis einem der Direktkandidaten. Der Bewerber, der die meisten Erststimmen bekommt, gewinnt den Wahlkreis. Er zieht direkt in den Landtag ein – unabhängig davon, wie viele Mandate seine Partei gewinnt.

Zweitstimme

Mit der Zweitstimme wählt man eine Partei und somit die von der Partei aufgestellte Landesliste ihrer Kandidaten. Die Zweitstimme ist nicht, wie die Bezeichnung vermuten lässt, zweitrangig. Sie ist sogar sehr wichtig, denn die Zweitstimmen sind ausschlaggebend für die Sitzverteilung im Landtag. Nach der Anzahl der erhaltenen Zweitstimmen wird ausgerechnet, wie viele Sitze



Foto: Uwe Sinnecker

Das Schweriner Schloss ist Sitz des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern.

die jeweilige Partei im Landtag bekommt. Mit seiner Zweitstimme nimmt man also Einfluss auf die Fraktionsstärke und damit die Möglichkeiten von Mehrheits- und Koalitionsbildungen.

Fünf-Prozent-Hürde

Anders als bei den Kommunalwahlen gilt für den Landtag wie auch für den Bundestag die sogenannte Fünf-Prozent-Klausel: Die Zweitstimmen einer Partei werden nur dann bei der Sitzverteilung berücksichtigt, wenn diese mindestens fünf Prozent der gültigen Gesamtstimmenzahl erringen konnte. Damit soll die Arbeitsfähigkeit des Parlaments erhalten und einer Zersplitterung der Parteienlandschaft vorgebeugt werden.

Verteilung der Landtagssitze

Die Verteilung der Sitze nach dem Zweitstimmen-Ergebnis erfolgt auf Grundlage des so genannten Hare/Niemeyer-Verfahrens. Dieses gewährleistet eine möglichst proportionale Umrechnung der abgegebenen Stimmen in Mandate. Auf die errechnete Zahl der Mandate einer Partei werden die errungenen Direktmandate angerechnet. Die verbleibenden Mandate werden nach der Reihenfolge der Kandidaten auf der Landesliste der Partei vergeben.

Direktmandat und Listenmandat

Mecklenburg-Vorpommern ist in 36 Wahlkreise eingeteilt. In jedem Wahlkreis stellen sich mehrere Kandidaten zur Wahl. Die meisten gehören einer Partei an, es können sich aber auch Kandidaten zur Wahl stellen, die nicht für eine Partei kandidieren (Einzelbewerber). Der Kandidat bzw. die Kandidatin mit den meisten Erststimmen im jeweiligen Wahlkreis zieht unmittelbar in den Landtag ein (Direktmandat). Entsprechend der Zahl der Wahlkreise sind das 36 Abgeordnete. Da der Landtag MV gemäß Landesverfassung 71 Abgeordnete hat, verbleiben 35 Sitze. Diese werden an die Parteien verteilt, die die Fünf-Prozent-Hürde geschafft und über die Zweitstimmen mehr Sitze errungen haben, als sie Direktmandate gewonnen haben. Die verbleibenden Mandate werden in der Reihenfolge der Kandidaten auf der Landesliste vergeben (Listenmandat). Auch wenn eine Partei keine Direktmandate erringt, kann sie in den Landtag einziehen – vorausgesetzt, sie hat mindestens fünf Prozent der gültigen Zweitstimmen errungen (Fünf-Prozent-Hürde). Sie besetzt dann alle errechneten Sitze in der Reihenfolge ihrer Landesliste.



◀ Turmfalken-Nachwuchs im Schweriner Schloss. Seit einigen Jahren sind am Schweriner Schloss Turmfalken zu beobachten. Dieses Jahr war erneut das Brüten am Schloss erfolgreich. Das Turmfalkenpärchen brachte sogar vier Jungtiere durch. Doppelt so viele wie im letzten Jahr. Ihre ersten Flugversuche unternahmen sie entlang der Geländer und Gesimse des historischen Gebäudes.

Turmfalken bevölkern häufig städtischen Raum, insbesondere dort, wo es natürliche Nistmöglichkeiten durch Vorsprünge oder verschachtelte Mauern und Höhlungen gibt. Nach gravierenden Bestandsrückgängen in den 1960er Jahren gilt der Bestand in Deutschland mittlerweile wieder als stabil.

Am 14. Juni tagten der Landesschüler- und der Landeselternrat gemeinsam mit dem Bürgerbeauftragten von Mecklenburg-Vorpommern, Matthias Crone, sowie Trägern der politischen Bildung und Teilhabe zum Thema „Warum Schule für Demokratie so wichtig ist?“. Sie diskutierten über die Bedeutung von Schule für das Erlernen und Erleben demokratischer Werte und Prozesse. In ihrer Rede zu Beginn würdigte Landtagspräsidentin Birgit Hesse die wichtige Arbeit, die an den Schulen geleistet wird, um das Demokratieverständnis junger Menschen zu fördern. Sie sprach dazu in der „Herzkammer der Demokratie unseres Bundeslandes“ – dem Plenarsaal des Schweriner Schlosses – auszutauschen, sei der für das Thema am besten geeignete Ort.

